

rundschreiben  
02/26



medico international



# Was bleibt

15 Jahre nach den Revolutionen / Reportagen  
aus einer Welt im Kriegszustand / Auf der Suche  
nach den Verschwundenen

# Auf einen Blick

medico-rundschreiben 02/26

## 4 Editorial

### DER LEITARTIKEL

- 6 Ein Gespenst ging um  
15 Jahre nach den arabischen Revolutionen versinkt die Region in Krieg und Gewalt



### DIE REPORTAGE

- 12 Schöne neue Welt  
Von Schauplätzen des globalen Krieges, seinen Folgen und Anfechtungen: Eindrücke aus Libanon, Palästina/Israel, Ukraine, Irak, Pakistan und Spanien sowie von der iranischen Diaspora in Deutschland

### LEBEN UND STERBEN IN GAZA

- 26 System der Willkür  
Wie hilft man, wenn es an allem mangelt?
- 29 Soziale Anomie  
Über den Alltag inmitten von Trümmern

## Impressum

Herausgeber:  
medico international  
Lindleystr. 15  
60314 Frankfurt am Main  
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002  
info@medico.de  
www.medico.de

Redaktion:  
Mario Neumann (verantw.),  
Tsafrir Cohen, Moritz Krawinkel,  
Christian Sälzer, Karoline Schaefer,  
Anita Starosta  
Gestaltung und Bildredaktion:  
Andrea Schuldt  
Korrektur: Silke Weidner  
Fotos der Autor:innen:  
medico, privat

Mai 2026

Das medico-rundschreiben ist  
auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

## 32 Projekte / Projektionen

Rechtsbeistand für  
kriminalisierte Geflüchtete,  
Nothilfe in der Ukraine,  
Widerstand gegen Rohstoffindust-  
rie in Indonesien



### AUF DER SUCHE

- 36 **Wo kein Körper, da kein Richter**  
Das gewaltsame Verschwindenlassen  
in Lateinamerika
- 40 **Kaum zu fassen**  
In Syrien werden Hunderttausende  
vermisst. Die UN unterstützt die  
Suche.
- 44 **Hinter den Zahlen**  
Eine Karawane in Senegal macht  
das Sterben auf den Migrations-  
routen sichtbar



### DAS INTERVIEW

- 52 **Es gibt immer noch Hunderte  
Kirchenasyle**  
Gespräch mit Michael Ramminger  
über Widerständigkeit im  
Christentum und Kriegsideologie  
im Namen der Religion
- 58 **medico aktiv**  
Stiftung rettet Club Voltaire,  
Manifest für psychosoziale  
Arbeit, Debatte zu Klimapolitik  
in Kriegszeiten
- 60 **Spenden & Stiften**  
...und Bestellen & Verbreiten
- 62 **Schuld und Spritpreis**  
Letzte Seite: Das medico-rund-  
schreiben vor 25 Jahren

Die Frage, die zu stellen ist, lautet: Was führt dazu, dass wir all das, was geschieht und was wir letztlich auch wissen, für okay halten?

Liebe Leser:innen,

vor ein paar Wochen besuchte ich gemeinsam mit meinem medico-Kollegen Riad Othman ein von amnesty international organisiertes Hintergrundgespräch mit der Kinderärztin Tanya Haj-Hassan. Sie war kurz zuvor von einem Einsatz in einem Kinderkrankenhaus in Gaza zurückgekehrt und hatte fürchterliche Geschichten und grausame Fotos von dort mitgebracht. In der anschließenden Debatte sagte sie, offensichtlich spontan, einen ganz einfachen Satz, der mir seitdem aufgrund seiner verstörenden Schlichtheit im Gedächtnis geblieben ist. Wir wollten von ihr wissen, welche Erklärung sie dafür habe, dass die von ihr berichteten und abgebildeten Grausamkeiten weitergehen und ihre Augenzeugenberichte, die sie regelmäßig auch vor politischen Entscheidungsträger:innen präsentiert, in unseren Breitengraden wenig bis gar nichts ändern. Sie antwortete, dass es ihrer Erfahrung nach weitaus weniger als vermutet darum geht, Wissen zu verbreiten und Geschichten wie die ihre zu erzählen, wenn man etwas bewegen wolle. Man müsse sich vielmehr eine andere Frage stellen: „What makes it ok?“. Was führt dazu, dass wir all das, was geschieht und was wir letztlich auch wissen, für okay halten?

Diese Frage stellt sich heute längst nicht nur in Gaza, sondern für all das, was uns mittlerweile umgibt. Was macht es okay: die Toten, die Wiederkehr des Massenkrieges vor unserer Haustür, die Diffamierung der Kritik und des Friedens, die täglichen Nachrichten, die nur noch voller Kampffjets, Truppenbewegungen, Todeszahlen und Militärstrategien sind? Was führt dazu, dass wir derart ruhig bleiben angesichts der so historischen wie menschlichen Katastrophe, die sich seit mehreren Jahren vor unseren Augen abspielt und in die wir zusehends und immer tiefer hineinschlittern?

Wie nah diese Katastrophe uns auch geografisch ist und sie die Arbeit bei medico dominiert, können Sie in einer großen gemeinsamen Reportage in diesem Heft lesen. Beirut, Saida, Ramallah, Berlin, Tel Aviv, Karatschi, Krywyj Rih, Bagdad: Überall fliegen unseren Partnerorganisationen und manchmal auch unseren dienstreisenden Kolleg:innen Raketen und Bomben um die Ohren. Diesen neuen Alltag haben wir für Sie in einem Panorama zu skizzieren versucht, das Zeugenschaft ablegt, wie zerstörerisch diese „schöne neue Welt“ ist. Tanya Haj-Hassan hat der Journalist Hanno Hauenstein für dieses Heft interviewt.



**Mario Neumann**  
ist verantwortlicher  
Redakteur des  
medico-rundschreibens. Von seiner  
jüngsten Dienstreise  
in die Ukraine  
lesen Sie ab S. 21.

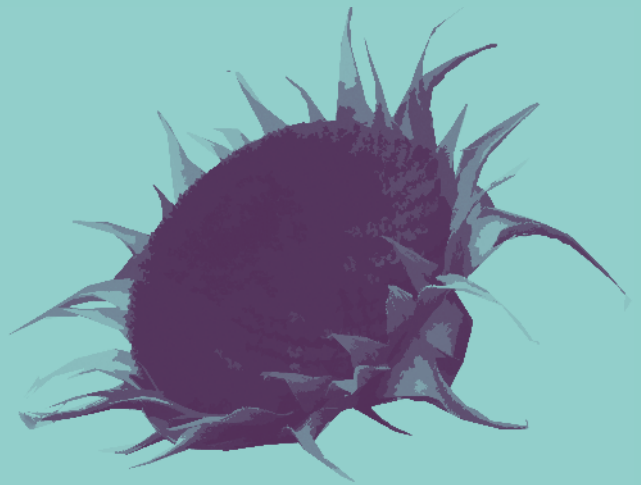
Im zweiten Schwerpunkt des Heftes geht es um ein anderes Thema, das ebenfalls von der Brutalität der politischen Welt berichtet: Auf allen Kontinenten kämpfen oftmals verzweifelte Menschen darum, Gewissheit über das Schicksal ihrer verschwundenen Angehörigen zu erlangen und ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ob die zahllosen Verschwundenen der Assad-Diktatur in Syrien, die auf dem Weg nach Europa verschollenen Migrant:innen oder die lange Tradition des Verschwindenlassens in Lateinamerika: Die Internationale der Grausamkeit hat viele Gesichter. Die medico-Kollegen Timo Dorsch und Kerem Schamberger berichten von ihnen, außerdem haben wir die UN-Sonderbeauftragte für die verschwundenen Personen in Syrien interviewt.

„Was bleibt“ ist der bewusst ohne Fragezeichen ausgestattete Titel dieses Heftes. Er soll die Aufmerksamkeit trotz all dieser Berichte über eine verhängnisvolle Entwicklung auf das lenken, was nicht im Zeitgeist aufgeht, auch wenn es vielleicht bis auf weiteres nur eine randständige Rolle spielt. Ein wichtiges Beispiel ist das Erbe der nicht nur arabischen Revolutionen des Jahres 2011, deren Höhepunkt sich dieser Tage zum fünfzehnten Mal jährt. Angesichts der Entwicklung des Krieges in der Region, in den mittlerweile fast 20 Länder involviert sind, ist die Bedeutung der damaligen massenhaften Aufbrüche zwar verblasst. Aber ihre ganz eigene Geschichte ist keineswegs aus der Welt. Was bleibt, aber auch, was seitdem passiert ist: Darüber schreibt Radwa Khaled-Ibrahim im Leitartikel dieses Heftes.

Wie immer wünsche ich Ihnen eine angenehme Lektüre des neuen rundschreibens und wie so oft überbringen wir die wenig überraschende Nachricht: Gar nichts ist okay.

*Ihr*  
*Mario Neumann*

# Ein Ge- spenst ging um



# 15 Jahre nach den arabischen Revolutionen versinkt die Region in Krieg und Gewalt. Was ist passiert? Der Leitartikel

Von Radwa Khaled-Ibrahim

Wenn ich über die Frage „Was bleibt?“ nachdenke, denke ich an die Wände Kairos. Sie sind stille Beobachter der letzten Jahre und gleichzeitig sprechen sie. Sprechen? Murmeln trifft es vielleicht besser. Es ist Winter 2011. Wir sind Teenager auf der Straße, mitten in der Masse, haben Angst, aber tun so, als wären wir groß und stark und als wüssten wir, was wir tun. Verstanden haben wir nicht alles, aber es fühlte sich richtig, ja wie das einzig Richtige an. Wovon wir aber Ahnung hatten, waren Graffiti: Sprühdosen, Marker, Stencils. Damals haben die Wände mit uns geschrien: Sprüche, Slogans, Gesichter der Getöteten. Mittlerweile wurde all das überstrichen, doch die Botschaften scheinen noch durch. Die weiße Farbe, inzwischen gräulich vom Smog, unterstreicht auf eine eigentümliche Art, was darunter geschrieben steht, und zum Teil kann man noch die Silhouetten der Wörter und Farben sehen. Wie bei von Kindern gemalten Gespenstern, Gestalten unter einem weißen Tuch, doch mit weit geöffneten Augen. Augen, die murmeln: Ich sehe euch noch.

## Laboratorien der Demokratie

Diese Gespenster gehen bis heute nicht nur in Kairo um. Die 2010er-Jahre waren von einer Protestwelle geprägt, die größer war als jede andere seit der Russischen Revolution von

1917, vielleicht sogar größer als diese. Alles begann mit einer Selbstverbrennung. Am 17. Dezember 2010 setzte sich der junge Straßenhändler Mohammed Bouazizi aus Protest gegen die täglichen Schikanen der Polizei im tunesischen Sidi Bouzid in Brand. Das Feuer an seinem Körper erlosch mit seinem Tod, doch die Flammen der Proteste griffen über auf die Straßen von Tunesien, Algerien, Marokko, Ägypten, Libyen, Katar, Bahrain, Jemen, Syrien, Jordanien, Irak und Libanon. Nach Jahrzehnten von Unterdrückung, Korruption und Misswirtschaft erhoben sich die Menschen in Massen gegen die herrschenden Eliten in ihren Ländern. Neben dem in die Geschichte eingegangenen Ruf „Das Volk will den Sturz des Regimes!“, forderten die Menschen von Rabat bis Bagdad Würde, Freiheit und soziale Gerechtigkeit. Die breiten Mobilisierungen, die urbane Mittelschichten und Industriearbeiterschaften ebenso erfassten wie Bewohner:innen ländlicher Gebiete, erschütterten die Regime.

Die großen Plätze wurden Laboratorien der Demokratie von unten. Ihre Besetzung wurde zum sinnfälligen Symbol eines neuen Bewusstseins, das viele soziale Bewegungen der frühen 2010er-Jahre in der ganzen Welt inspirierte. Weltweit nahmen Proteste zu und formierten sich neue Bewegungen. Es gab transnationale feministische Bewegungen wie „ni una menos“, die Proteste gegen die Austeri-

tätspolitik im Süden Europas, Occupy Wall Street, die antirassistischen „Black Lives Matter“-Aufstände und viele mehr. Die bis dato fünf größten Demonstrationen in der Geschichte der USA fanden alle in eben jenem Jahrzehnt statt. Die arabischen Aufstände stellten also keine regionale Ausnahme dar, sondern einen „nahezu vertikalen Wendepunkt, in dem zwei Jahrzehnte relativer Ruhe abrupt in mehrere Jahre erhöhter globaler Unruhe umschlugen“, wie es in einer Studie heißt. In den ersten zwei Jahrzehnten des Jahrhunderts war die Welt von einer revolutionären Dynamik erfasst.

Dann wurde es stiller, in einem Land nach dem anderen. Bewegungen ebten ab. Doch Revolutionen scheitern nicht einfach. Eher gewinnen Gegenbewegungen die Oberhand. Es entstehen Allianzen, die die bestehende Ordnung stabilisieren oder neu formieren. So ist es in Ägypten, teilweise in Tunesien und Marokko, in den Golfstaaten sowie in zugespitzter Form in Syrien, dem Irak und Sudan geschehen. Der Backlash betraf jedoch nicht nur einzelne Staaten, sondern wirkte sich weltweit auf progressive Bewegungen aus. In diesem Sinne lassen sich die Kriegsregime von heute als Ausdruck einer globalisierten Gegenbewegung begreifen. Was auf das Aufbegehren für Würde, Freiheit, Selbstbestimmung, ein anderes Leben und eine andere Welt folgte, war nichts anderes als eine Art Konterrevolution.

### Die Rolle der USA nach 2011

Markant war die Rolle der USA. Als die Aufstände in der arabischsprachigen Welt ausbrachen, wurden sie entgegen weit verbreiteter Erwartungen vom damaligen US-Präsidenten Barack Obama nicht wirklich unterstützt. Klar benannt wurde hingegen die Angst vor „failed states“ und damit vor dem Verlust der Resilienz autoritärer Systeme, die die Interessen der USA und

ihre Allianzen schützten und mit durchsetzten. Das speiste sich aus den Erfahrungen des Irakkriegs: Die Auflösung des irakischen Staates nach der Besetzung durch die USA 2003 führte zu einem Chaos, das sowohl den Einfluss Irans auf die schiitische Bevölkerungsmehrheit stärkte als auch einen antiamerikanischen

Die Kriegsregime von heute sind Ausdruck einer Gegenbewegung: Auf das Aufbegehren für Würde, Freiheit und Selbstbestimmung folgte eine Art Konterrevolution.

Aufstand unter sunnitischen Gruppen begünstigte, aus dem später der „Islamische Staat im Irak und in Syrien“ (ISIS) hervorging.

Deshalb setzte die Obama-Administration anstelle eines „Regimewechsels“, wie ihn die Neokonservativen während der ersten Amtszeit von George W. Bush propagiert hatten, primär darauf, ihren Einfluss auf bestehende Regierungen zu sichern – unabhängig davon, ob diese demokratisch, autoritär oder diktatorisch waren. Es war die Vorstufe zu dem, was wir heute in neuer Aggressivität und damit auch Klarheit erleben. Die USA bedienen sich in Trumps zweiter Amtszeit einer modernisierten Form der „Kanonenbootpolitik“ des 19. Jahrhunderts, mit der mächtige Staaten schwächere durch die Androhung militärischer Gewalt oder durch deren Einsatz ihre Interessen aufzwingen. Dabei spielt die Art der Regierung keine Rolle, was zählt, ist allein der unverhüllte Wille, imperiale Interessen durchzusetzen. Eine Form, die der Politologe Gilbert Alchqar Trumps „alte-neue imperiale Doktrin“ nennt.

Wenig geändert hat sich an den Zielen. Es geht um Einflusszonen. Vor allem aber entzündeten sich die meisten der heutigen Kriege, wie so viele vergangene im Nahen und Mittleren Osten bzw. in Nordafrika und Westasien, weiterhin am Öl, der wichtigsten Ressource des fossilen Kapitalismus. Bei David Harvey heißt es: „Wer den Nahen Osten kontrolliert, kontrolliert den weltweiten Ölhahn. Und wer den weltweiten Ölhahn kontrolliert, kann zumindest in naher Zukunft die Weltwirtschaft kontrollieren.“

Was bleibt?

Wäre ich heute Teenagerin, würden mich nicht Revolutionen politisch sozialisieren. Es wären militärische Gewalt und Kriege: Syrien, Jemen, Sudan, Ukraine, Gaza, Iran, auch Venezuela und Kuba. Dazu allerorten Aufrüstung und eine immer stärkere Militarisierung der Gesellschaften, während gleichzeitig Bildung, Kultur und Sozialpolitik zusammengestrichen werden.

Doch die Revolutionen wurden nicht nur durch die Interessen des Empires begrenzt, es waren und sind auch eigene Unzulänglichkeiten. Bereits 1939 schreibt Jean-Paul Sartre in seinen Kriegstagebüchern: „Ich habe immer gedacht, dass in den Jahren 1920-25 etwas beinahe geboren wurde: Lenin, Freud, der Surrealismus, Revolutionen, Jazz, Stummfilme. All das hätte zusammenkommen können. Doch dann folgte jedes seinem eigenen, vereinzelt Weg. Isoliert konnten sie alle erstickt werden. Nur in meiner Erinnerung ergaben sie eine Welt.“ Auch in den 2010er-Jahren blieben die Ereignisse und Aufbrüche meist voneinander getrennt. Comics, Memes, neue Musik, eine transnationale feministische Welle, das goldene Zeitalter der postkolonialen Theorien, kapitalismuskritische Bewegungen, der Arabische Frühling oder Occupy Wall Street, die sozialen Medien, neue linke Parteiformationen wie Po-

demos in Spanien oder Syriza in Griechenland, später auch Teile der Sanders- und Corbyn-Mobilisierung: viele Teile, manche punktuell verbunden, aber nie ein Ganzes oder zumindest Gemeinsames werdend – auch deshalb nicht bleibend?

Was bleibt, sind die Erfahrungen und Spuren der revolutionären Momente, wenn auch eher in der Form kollektiver Erinnerung denn als institutionalisierte politische Kraft. In diesem Sinne schreibt der ägyptische Blogger Alaa Abd el-Fattah: „Aber an eines erinnere ich mich noch, eines weiß ich ganz sicher: Das Gefühl, dass alles möglich war, war echt. Es mag naiv gewesen sein zu glauben, unser Traum könnte wahr werden, aber es war nicht töricht zu glauben, dass eine andere Welt möglich sei. Das war sie wirklich. Oder zumindest habe ich das so in Erinnerung.“ Und daran erinnern sich die Wände; und daran erinnern sich unsere Körper.



Radwa Khaled-Ibrahim ist Referentin für Kritische Hilfe bei medico. 2013 drehte sie mit Nabil Sami den Film „Cairo's Basement“, der die Underground-Kunst in Kairo vor und nach der Revolution dokumentiert.

# Schöne neue Welt

Foto: medico

Verschwende Deine Jugend: Im ukrainischen Krywyj Rih verbringen Kinder gemeinsam mit ihren Betreuerinnen die Tage im Bombenkeller.



e

Der Krieg wird zum Kerngeschehen  
unserer Zeit – und zum Zentrum der  
Arbeit von medicos Partnerorgani-  
sationen. Eine kollektive Reportage



Wer eine Reise tut, kann etwas erleben. So das Mantra deutscher Reiselust. Was wir aber bei unseren Dienstreisen zum Jahresanfang erlebten, war etwas gänzlich Neues: Überall trafen wir auf den Krieg als Kennzeichen einer neuen Epoche. Hierfür mussten wir nicht weit reisen. Denn die Welt der No-go-Zones, Gewalt, Trümmer, Repression und Zukunftslosigkeit legt sich wie ein Gürtel um Europa, das glaubt, mit Aufrüstung und der Beendigung des Sozialvertrags davonzukommen. Die nachfolgenden Texte geben Einblicke in den Erfahrungshorizont unserer Partner:innen - vom Nahen Osten über die Ukraine bis nach Pakistan und zur iranischen Diaspora in Berlin. Die Reise endet nicht zufällig am 1. Mai in Spanien, wo eine mögliche europäische Alternative zum ängstlich-planlosen Befeuern des Krieges aufblitzt.

Von Anita Starosta, Karin Zennig, Mario Neumann,  
Riad Othman und Tsafir Cohen

## BEIRUT UNTER BOMBEN

Eigentlich ist die Hamra-Straße das pulsierende Herz des gleichnamigen Viertels im Zentrum Beiruts. Hier reihen sich Cafés, Restaurants und Läden aneinander. Der Stadtteil ist bekannt für lange, ausgelassene Nächte. Doch Anfang April wirkt Hamra leer, obwohl überall Autos geparkt sind. Sie kommen nicht nur aus Beirut, sondern auch aus dem Süden des Landes. Anderthalb Millionen Menschen sind von dort seit den Angriffen der Hizbullah auf Israel

und der israelischen Okkupation im Südlibanon vertrieben worden. Deshalb hängen auch von den Hotelbalkonen Wäscheleinen. Man muss sich vorerst aufs Bleiben einrichten. Wer es sich leisten kann, kommt hier unter. Andere schlafen in ihren Autos oder haben provisorische Zelte am Hafen oder entlang der Corniche aufgeschlagen.

Am Abend des 8. April sitzen wir fast alleine in

einem sonst sehr beliebten Restaurant in Hamra. Wir sind mit Dr. Zeina Mohanna von der medico-Partnerorganisation Amel Association verabredet. Mit medico-Unterstützung versorgt Amel derzeit in Notunterkünften und Gesundheitszentren Tausende Vertriebene. Ihr Prinzip lautet „Gesundheit für alle“, was im Libanon mit seinen auch kolonial definierten Spaltungslinien eine ganz eigene Bedeutung hat. An diesem Mittag und nur wenige Stunden nach Verkündung einer Waffenruhe zwischen Iran und den USA sowie Israel gab es die heftigsten israelischen Bombardements der Stadt seit Jahrzehnten – ohne Vorwarnung. Binnen zehn Minuten trafen 160 Bomben 100 Ziele. Auch die

Innenstadt Beirut wurde zum Ziel. Eine Zäsur. Hunderte Zivilist:innen wurden getötet oder verletzt. Trotz der heftigen Bombardierungen und der stets präsenten, lauten Drohnen, die – wie schon in den Nächten zuvor – über der Stadt brummen, will Zeina uns unbedingt treffen. Dass wir uns unter diesen Bedingungen auf den Weg gemacht haben, ist nicht nur der Notwendigkeit dienstlicher Verabredung geschuldet, sondern auch ein Zeichen der Solidarität. Die Kolleg:innen von Zeina, die an dem Abend ebenfalls kommen wollten, haben abgesagt. Sie trauen sich nicht aus dem Haus, sind bei ihren Familien oder haben die Stadt bereits verlassen.

## SAIDA: ZUFLUCHT IM LAGER EIN EL-HILWEH

Die einst phönizische Stadt Saida ist das Tor zum Süden des Libanons. In diesen Wochen ist sie vor allem eins: Fluchtpunkt für all jene, die Hals über Kopf aus dem Süden des Libanons fliehen mussten. Es gibt nicht wenige, die die dortige Lage mit der in Gaza vergleichen. Schon jetzt sind 100 Gesundheitsarbeiter ums Leben gekommen, Grenzdörfer werden systematisch zerstört, auch die Einrichtung einer israelischen Pufferzone zeichnet sich ab. Ein Unterschied zu Gaza: Man kann noch fliehen. So sind Zehntausende zunächst in Saida gestrandet. Manche suchen sich dort ein Dach über dem Kopf, andere ziehen weiter.

Seit 1948 gibt es hier auch das palästinensische Flüchtlingslager Ein El-Hilweh, die Bewohner:innen wurden damals aus dem Norden Israels vertrieben. Über 100.000 Palästinenser:innen leben hier, viele in der dritten Generation,

auf engstem Raum und bis heute ohne anerkannten Status. Seit nunmehr zehn Jahren ist es von einer Mauer umgeben, die Eingänge werden von der libanesischen Armee kontrolliert. Dennoch suchen in diesen Tagen Menschen hier Schutz. Die jugendlichen Freiwilligen von der palästinensischen Organisation Nashet helfen den ankommenden Schutzsuchenden, wo sie nur können. Sie verteilen Matratzen, Essenspakete oder Kleidung. Bis zu 800 Familien aus dem Süden sind im Lager untergekommen.

Hier sind die „Unterkünfte günstiger und die Konditionen besser“, erzählt ein Gemüsehändler aus Tyre, der lieber anonym bleiben will. Auch die Preise seien fairer, für ein einfaches Zimmer mit Bad, in dem seine Familie Zuflucht findet, zahle er 100 US-Dollar. In der Stadt verlangten sie oft das Fünffache. Notunterkünfte versuche er zu vermeiden, so lange es geht.

Und fast noch wichtiger sei ihm, dass die Palästinenser verstünden, was Vertreibung und Diskriminierung bedeuteten. Das Misstrauen gegen die Schutzsuchenden aus dem Süden ist in der libanesischen Gesellschaft weit verbreitet. Schiit:innen aus dem Süden werden pauschal verdächtigt, der Hisbollah anzugehören. Unter-

künfte werden ihnen verweigert, rassistische Anfeindungen erfahren sie selbst in der Not. Das hat auch der Gemüsehändler erlebt: „Auf den Straßen Saidas bin ich immer wieder vertrieben worden, als ich meinen kleinen Gemüsegewagen aufstellen wollte. Das passiert mir in Ein El-Hilweh nicht.“



Foto: Activestills | Mesab Shawer

Israelische Soldaten und Siedlerinnen während einer wöchentlich stattfindenden Tour zur Einschüchterung der palästinensischen Bevölkerung in der Altstadt von Hebron.

## TEL AVIV: VERROHUNG NACH INNEN

Wie sicher man sich wähnen kann, hängt auch in Tel Aviv von der Herkunft ab. In dem ärmlichen Viertel am Busbahnhof, in dem wir uns einquartiert haben, strömen Hunderte Migrant:innen in Ermangelung von Schutzräumen in unmittelbarer Nähe in die Tiefen der Katakomben des brutalistischen Busbahnhofbaus. Wir sind zu Besuch in der Region, als der Krieg gegen Iran ausgerufen und der Luftraum geschlossen wird. Mehrfach, während einer Online-Sitzung der medico-Geschäftsführung oder in der Nacht, schrillt die Luftalarm-App unserer Handys. Wir müssen uns beeilen: In zehn Minuten wird die Rakete ihren Weg aus dem Iran nach Tel Aviv gefunden haben. Wenn die Sirenen heulen, zählen wir 60 bis 90 Sekunden und mutmaßen dann anhand der Lautstärke, wie weit von uns entfernt die Rakete, Drohne oder deren Reste gelandet sind. Eine Viertelstunde später können wir zurück nach Hause, nachdem wir uns mit einer Gruppe von Nonnen aus Sri Lanka, einer Pflegerin und ihrer Familie aus den Philippinen oder dem geflüchteten Chris aus dem Sudan ausgetauscht hatten, wann wohl der nächste Alarm käme.

Beim Abendessen im wohlhabenden Norden der Stadt ist es anders. Bei Alarm ziehen wir uns in den verpflichtend mit Spezialbeton abgesicher-

ten Raum der Wohnung unserer Gastgeberin Ruchama Marton zurück. Sie ist Gründerin des israelischen medico-Partners Physicians for Human Rights. Gemeinsam verfolgen wir die Nachrichten. In diesen Tagen kommen vor allem selbsternannte Expert:innen zu Wort, die ihre Großmachtfantasien als geostrategische Analysen verkaufen, gepaart mit schockierend offener Schadenfreude über die Opfer im Iran. Dazwischen gibt es Geschichten über die großartige Resilienz der Israelis, die angeblich in den öffentlichen Schutzräumen bei gutem Kaffee und Arak-Ausschank eine neue Art der Geselligkeit und des Zusammenhalts kennenlernen. „Die reine Tötungslust ist seit dem 7. Oktober salonfähig geworden. Ich verlasse das Haus kaum noch“, kommentiert die Psychiaterin.

Die Verrohung der israelischen Gesellschaft schockiert auch unsere anderen Gesprächspartner:innen kaum noch, schließlich warnen sie seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten davor, dass keine Gesellschaft auf Dauer eine andere unbeschadet unterdrücken kann. Jetzt ziehen sich viele verzweifelt zurück, andere denken aktiv über eine Emigration nach oder haben das Land bereits verlassen. Zunehmend tun das auch Ärzt:innen, Ingenieur:innen, Softwareentwickler:innen.

## BAGDAD: ZWISCHEN ALLEN FRONTEN

Das Jugend- und Kulturzentrum, das Jamal Al-Sayegh und seine Kolleg:innen mitten im Bagdader Stadtteil Sadr-City mit seinen eine Million Einwohner:innen betreiben, ist zu einem Rückzugsort geworden. Bereits seit den Tishreen-Protesten 2019 ist es Anlaufstelle für linke Aktivist:innen und Künstler:innen. Nun sprechen sie dort hinter verschlossenen Türen über die politischen Entwicklungen im Land. Nichts davon passiert öffentlich. Die Sicherheitslage ist angespannt, schreibt uns Jamal Al-Sayegh. In diesen Wochen sind wir viel in Kontakt, schreiben uns längere E-Mails oder kurze Updates über WhatsApp. All jenen, die sich gegen die iranische Dominanz im Irak aussprechen, droht Gewalt durch die iran-treuen Milizen im Land. „Wir müssen besonders vorsichtig sein“, betont Jamal Al-Sayegh. Er selbst hat bereits Drohungen erhalten und den Irak für eine Zeit verlassen. „Es geht uns nicht gut. Wir haben Yanar verloren.“ Die Ermordung der international bekannten irakischen Feministin durch eine radikale Miliz im Land hat auch global Entsetzen ausgelöst.

Der Irak steht in diesen Wochen doppelt unter Beschuss. Während iranische Raketen im kurdischen Nordirak Peshmerga-Stellungen treffen, sind es in Bagdad US-amerikanische Angriffe,

die den Iran-nahen Kräften im Land gelten. Sie treffen keineswegs nur militärische Ziele, sondern schlagen auch dort ein, wo sich das soziale Leben organisiert, in Wohnviertel, auf Märkten. Die Straßen seien zeitweise menschenleer. Dass sich die Kämpfe vollends auf den Irak ausweiten können, ist die bestimmende Angst. Während die iranischen Milizen Stärke demonstrieren, versucht die irakische Regierung alles, um nicht in den Krieg hineingezogen zu werden. Überall gibt es Polizeipatrouillen und Kontrollpunkte des Militärs.

Mit der Sperrung der Straße von Hormus und Milizen, die Ölfirmen und Tanker ins Visier nehmen, sind auch die irakische Ölförderung und die Exporte zum Erliegen gekommen. Damit hat der Staat seine Haupteinnahmequelle verloren. Hinzu kommt, dass der Iran den Export von Gas eingestellt hat. Die Kraftstoff- und Gas-Krise trifft die gesamte Bevölkerung Iraks. In einem Land, dessen Wirtschaft strukturell vom Öl und zugleich von Importen abhängig ist, schlagen regionale Eskalationen unmittelbar auf das tägliche Leben durch. Der Mangel nimmt zu. Lebensmittel und importierte Medikamente sind kaum noch bezahlbar, schreibt Jamal Al-Sayegh.



## RAMALLAH: [K]EIN WEG ZURÜCK NACH GAZA

„Was hältst du davon, zurückzukehren?“, fragen wir Abu Mohammed, während er eine Zigarette nach der anderen raucht und auf der Treppe seines provisorischen Arbeitsplatzes der letzten zwei Jahre auf und ab geht. Der 65-Jährige sieht mich an und sagt: „Zuhause ist Zuhause, auch wenn man es nicht mehr finden kann. Ich wäre lieber dort, als noch eine Sekunde länger in Ramallah zu bleiben.“ Abu Mohammed stammt ursprünglich aus dem Flüchtlingslager Jabalia im Nordosten des Gazastreifens. Während des Genozids war Jabalia einer der am stärksten angegriffenen Orte im ge-

samten Gazastreifen. Es ist auch der Ort, aus dem sich traditionell ein Großteil der Hamas-Führung rekrutiert und an dem im Dezember 1987 die Erste Intifada begann. Abu Mohammed war Monate vor dem Krieg mit seiner Frau im Westjordanland angekommen. In Nablus sollte sie eine Krebsbehandlung erhalten, es war ihre letzte Chance. Sie schätzten sich damals glücklich, die Genehmigung für die Ausreise erhalten zu haben. Viele Tausende hatten in Gaza vergeblich um diese Chance gekämpft. Doch es war zu spät. Kurz nach dem 7. Oktober 2023 verstarb Abu Mohammeds Frau.

Wie Tausende andere Palästinenser:innen aus Gaza saß er nun mit einer ungültigen Genehmigung im Westjordanland fest. Da er nicht offiziell arbeiten konnte, nahm er Gelegenheitsjobs in Ramallah an. Während der zwei Jahre des Krieges verbrachte er jeden Tag am Telefon. Seine Kinder, Geschwister und Enkelkinder erzählten ihm von den diversen Vertreibungen, von ihrem Hunger, dem Kampf ums Überleben, vom Tod mehrerer Dutzend Angehöriger. Alle paar Wochen gab es Anlass für Hoffnung, nach Gaza zurückkehren zu können – in den Krieg zwar, aber zu seiner Familie. Doch stets ging es dann doch nicht. Seine Situation im Westjordanland war nicht minder gefährlich. Tausende andere wurden von den israelischen Behörden wegen „ungültigen“ oder abgelaufenen Aufenthaltsgenehmigungen festgenommen, inhaftiert und gefoltert, einige kamen in der Haft um.

Ende 2025 wandte sich Abu Mohammed an den medico-Partner Gisha. Er hatte gehört, dass sich diese Organisation dafür einsetzt, dass in der Westbank festsitzende Palästinenser:innen aus Gaza dorthin zurückkehren können. Sie brachten seinen Fall im Rahmen einer Sammelklage vor Gericht. Nachdem diese abgewiesen wurde, reichten sie ihn als Einzelfall erneut ein. Als wäre er ein Einzelfall. Immerhin: Abu Mohammed wurde die Rückkehr für Ende April gestattet. Wie er dort in seinem Alter zurechtkommen will? „Ich habe es überstanden, zweieinhalb Jahre lang mit anzuhören, wie meine Familie getötet wurde, meine Enkelkinder über verpixelte Videotelefonate aufwachsen zu sehen und zu hungern. Ich werde lernen, mich an das Leben in Gaza anzupassen.“



## KARATSCHI: KLIMASCHÄDEN, KRIEGSSCHÄDEN

„Welcome Khomeini. We will continue our resistance against USA and Israel.“ Ein Banner mit Khomeinis Konterfei ist über eine Hauptstraße in Karatschi gespannt. Pakistan, direkter Nachbar des Iran, hat zwar versucht, sich als Friedensmacht in Stellung zu bringen. In der Bevölkerung sind die Sympathien jedoch eindeutig: Vor allem die schiitische Minderheit fühlt sich mit Iran verbunden. „Für mich ist das keine Positionierung zum Regime, sondern Solidarität gegen den militärischen Überfall auf den Iran“, erklärt der Betreiber eines Kiosks. Auch in den Dörfern in der Provinz Sindh sind mitunter Khomeini-Plakate zu sehen. Auf Dorfversammlungen wollen die Menschen von uns wissen, wie die deutsche Regierung zum Krieg steht.

Als die israelische Armee vier Erdöldepots nahe Teheran bombardierte, laufen im Radio Warnungen, das Haus nicht mehr zu verlassen. „Der saure Regen zerstört unsere Ernte und damit unsere Lebensgrundlagen“, erzählt einer der klagenden Bauern. „Jetzt besorgt der Krieg den Rest.“ Infolge blockierter Exporte sind die Kosten für Düngemittel explodiert, allein diese Woche sind sie um 30 Prozent gestiegen. Proteste gibt es allerdings kaum. Beim letzten drangen wütende Teilnehmer in den Compound des US-Konsulats in Karatschi

ein, 18 wurden von US-Soldaten erschossen. Auch das weiß hier jeder.

Mit jeder weiteren Woche des Krieges macht sich in den Dörfern Verzweiflung breit. 2022 haben riesige Überschwemmungen die Lebensgrundlage von vielen Millionen Menschen zerstört. Bäuerinnen und Bauern verklagen mit Unterstützung von ECCHR und medico die Klimaschadenverursacher RWE und Heidelberg Materials auf Schadensersatz. Aktuell aber müssen sie damit leben, dass sich die Erträge der Ernten seit der Katastrophe fast halbiert haben. Nun schnellen die Produktionskosten in die Höhe. Rentabel ist der Anbau von Reis und Weizen kaum noch. Aber was sollen sie tun? Ihr ganzes Leben basiert auf der Landwirtschaft. Gute Antworten finden sich selbst nach langen Diskussionen bis tief in die Nacht nicht. Wie auch. In Pakistan verschränkt sich die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen mit den zerstörerischen Auswirkungen ihrer Nutzung. Die medico-Partnerorganisation HANDS entwickelt mit den bäuerlichen Gemeinschaften daher Methoden zur organischen Düngherstellung und dem Ersatz von Brennstoff durch Solarenergie mit kollektiven Finanzierungsmöglichkeiten. Noch sind es nur Modellprojekte. Die Regierung könnte sie ausweiten und damit das Leben vieler verbessern. Aktuell aber führt sie lieber Krieg mit Afghanistan. Doch das ist ein anderes Thema.

**Alle Räder stehen still, wenn der Iran es will: Kein Benzin mehr in Pakistan.**

## IRANISCHE SOLIDARITÄT IN BERLIN

„Es geht uns ein wenig besser, seit es einen Waffenstillstand und die Verhandlungen zwischen Iran und USA gibt.“ Das antwortet Jiyan\*, als ich sie Ende April nach ihrem Befinden frage. Gemeinsam mit anderen Aktivist:innen organisiert sie seit über zwei Jahren aus einem kleinen Berliner Büro Unterstützung für die Anti-Regime-Proteste im Iran: medizinische Hilfe für Verletzte bei den Protesten, finanzielle Unterstützung für Angehörige von Inhaftierten, die sich an den Protesten beteiligt haben. Die Massaker mit Tausenden Toten im Januar, dann der US-amerikanisch-israelische Krieg im März. „In den letzten Wochen haben wir alle nicht mehr geschlafen, wir haben die ganze Nacht durch Nachrichten verfolgt und versucht, den Kontakt in den Iran aufrechtzuerhalten. Morgens sind wir wie Roboter zur Arbeit gegangen, während unsere Herzen, unsere Gedanken bei den Menschen im Iran waren. Die vertraute Umgebung im Stadtteil hat sich auf einmal sehr fremd angefühlt.“

Seit Beginn des Krieges hat Jiyan keinen stabilen Kommunikationskanal mehr zu jenen, die unter Lebensgefahr im Iran die Spendengelder der Berliner:innen in Empfang nehmen. „Wir wissen nicht, was mit den Tausenden Verletzten jetzt geschieht. Sie werden reihenweise verhaftet. ‚Spionage für Israel‘ lautet aktuell

der pauschale Vorwurf gegen alle Oppositionellen. Die Repression ist schrecklich.“ Die Internetsperre im Iran hält inzwischen seit über 55 Tagen an. Wenn Nachrichten durchdringen, sind sie kaum auszuhalten: Hinrichtungen junger Leute finden am laufenden Band statt. Mehr als je zuvor. Und die Gefängnisse sind überfüllt mit Protestler:innen.

Im Land bricht zugleich die Versorgung mit lebenswichtigen Gütern zusammen. Über 90 Prozent des iranischen Handels laufen über den Persischen Golf, viele Medikamente kommen zudem aus Indien – eigentlich. Da auch pharmazeutische Werke im Iran gezielt bombardiert wurden, sind die Preise für Medikamente auf dem Schwarzmarkt um ein Dreifaches gestiegen, erzählt Jiyan. Chronisch Kranke erhalten keine angemessene Behandlung mehr. Die Inflation steigt. Und die Arbeitslosigkeit nimmt zu, viele Firmen mussten aufgrund des Krieges schließen und Menschen entlassen. „Wir waren immer gegen diesen Krieg“, meint Jiyan. „Denn unsere schlimmsten Befürchtungen sind eingetroffen: Die Hardliner sind gestärkt, die Iraner:innen leiden nun auch noch unter den Folgen des Krieges, werden von den US-amerikanischen und israelischen Angriffen getroffen, müssen fliehen.“ Hinzu kommt die Angst, dass der Krieg noch lange nicht zu Ende ist.

\*Name geändert



## KRYWYJ RIH: BALLISTIK ODER DROHNEN?

Die Sirene ertönt, die Musik stoppt. Die Kinder hören auf zu tanzen und ziehen sich routiniert Schuhe und Jacken an, als würden sie zum Spielen in den Garten gehen. Wir hören zufällig ein Gespräch zwischen zwei Betreuerinnen mit „Drohnen oder Ballistik?“ – „Drohnen“. Es folgt ein langer Seufzer, der nicht sonderlich erleichtert klingt. Wir sind verwundert, denn während die russischen Shahed-Drohnen – ursprünglich ein iranisches Fabrikat, das mittlerweile serien-

mäßig in Russland hergestellt wird – hier quasi zum Alltag gehören, versetzen Angriffe mit ballistischen Waffen die kriegserprobte Bevölkerung eigentlich in erhöhte Alarmbereitschaft. Doch davon ist hier nichts zu spüren. Wir fragen nach. Die Antwort ist so plausibel wie verstörend: „Die Raketen sind sehr schnell hier und der Alarm dauert dann kaum länger als ein paar Minuten. Die Drohnenangriffe hingegen gehen manchmal mehrere Stunden.“ Sie haben also

Zeit. Und die müssen die Betreuerinnen im Luftschutzkeller mit den Kindern verbringen, bei Neonlicht und wenig Platz. Wir gehen mit ihnen runter in den Keller. Auch Nachbar:innen kämen manchmal hierher. Doch heute nicht. Sind ja nur Drohnen.

Manchmal geht es sechsmal am Tag nach unten, mitunter für lange Stunden, erzählen uns die Betreuerinnen, die für medicos Partnerorganisation Responsible Citizens arbeiten. Wir besuchen im April eines ihrer Zentren in Krywyj Rih, einer Großstadt im Oblast Dnipropetrowsk. In der Nacht zuvor kam es in der Region zu heftigem Beschuss, der weltweit Schlagzeilen machte. Da viele Kindergärten und Schulen in der Stadt über keine Bombenkeller verfügen, haben sie geschlossen. Deswegen werden die Kinder in großen, altersgemischten Gruppen an Orten betreut, die eigens über einen Luftschutzkeller verfügen. Viele von ihnen sind aus den Frontgebieten hierher geflohen und die täglichen Luftalarme sind nicht das Einzige, was ih-

nen der Krieg abverlangt. Im Luftschutzkeller sprechen wir kurz mit Jakob. Er ist neun Jahre alt und stammt aus Krywyj Rih. Er interessiert sich für Kunst, sagt er, und dass ihm sein Vater fehlt. Der ist Soldat und wird seit über einem Jahr vermisst.

Die „child friendly spaces“ von Responsible Citizens werden in Krywyj Rih in enger Kooperation mit der Stadtregierung betrieben. Das ist eher ein Novum, aber von allen Seiten wird diese enge Zusammenarbeit als den Umständen entsprechend äußerst produktiv beschrieben, verglichen mit den oft in Parallelstrukturen und -bürokratien agierenden Hilfsstrukturen. Als Nächstes steht daher auch ein Termin mit dem Bürochef des Bürgermeisters an. In den spärlich eingerichteten Räumen erklärt er uns, dass die Großstadt sich darauf einrichten müsse, in diesem auf Dauer gestellten Krieg eine Pufferzone zu bleiben. „Wir haben keine Perspektive und schlicht keine Zukunft.“

## MADRID: ARBEITER UND BAUERN OHNE GEWEHRE

Auf den Boulevards Madrids strömen die Menschen zur 1.-Mai-Demonstration zusammen. In Gesprächen mit Gewerkschafter:innen und auf Transparenten wird schnell klar, dass hier ein anderer Wind weht als in der Bundesrepublik: Die Forderung nach besseren Löhnen angesichts gestiegener [Kraftstoff-]Preise und sicheren Arbeitsplätzen wird selbstverständlich mit der Ablehnung des Krieges verbunden. Auch in den höchsten Kreisen des Landes zö-

gert man derzeit nicht, laut und deutlich Position für internationales Recht zu ergreifen – und gegen das Recht des Stärkeren.

Über die politische Lage in Deutschland herrscht auch an unerwarteter Stelle Verwunderung, wenn nicht gar Unverständnis. So entfaltet sich ein Gespräch, das in Deutschland wohl nur hinter sehr verschlossenen Türen denkbar ist. In einer Runde mit Mitgliedern des



„Rechte für alle!“ hat ein Mädchen auf sein Schild für die 1.-Mai-Demonstration in Madrid geschrieben.

Diplomatischen Korps befreundeter europäischer Staaten ist die Kriegstüchtigkeit nicht das Maß aller Dinge und das Erstaunen über die erheblichen Differenzen zwischen der deutschen und spanischen Regierung groß. Schließlich seien beide Länder durch Faschismus und Diktatur geprägt und beide Bevölkerungen folglich schlecht für die avisierte Kriegstüchtigkeit zu gewinnen, wie nicht zuletzt Umfragen zeigten. Die Runde schließt daraus auf ein Versagen der politischen Eliten der Bundesrepublik, die lange als Meisterschüler des internationalen Rechts galten und jetzt vor Trump kuschen. Das teilt auch eine deutsche Diplomatin, schließlich stelle das internationale Recht nicht nur eine historische Verpflichtung dar – es sei für ein atomwaffenloses Land mittlerer Größe auch existenziell wichtig. Auch wenn die Positionen der spanischen Regierung in Europa nicht mehrheitsfähig seien, stellten sie einen Brückenschlag zu Ländern des globalen Südens dar. Während die Mai-Demonstrationen durch die Stadt ziehen, fällt nicht nur das Friedenspolitische ins Auge. Die Empathie mit den hier lebenden Palästinenser:innen ist, anders als in Deutschland, etwas Selbstverständliches.

Auch in der Migrationspolitik hat Spanien gerade gezeigt, dass es Alternativen zur von rechts getriebenen Abschottung gibt. Rund eine halbe Million Menschen, die sich derzeit in Spanien ohne gültige Papiere aufhalten und die man in Deutschland „illegale Migranten“ nennen würde, sollen eine befristete Aufenthaltsgenehmigung erhalten. In Brüssel arbeitet man derzeit an der Implementierung der GEAS-Reform, die die Entrechtung von Migrant:innen auf ein neues Niveau hebt. Die Europäische Kommission treibt derzeit eine 800 Milliarden schwere, so die selbstgewählte Bezeichnung, „Wiederbewaffnung“ Europas voran.

**Jenseits der medialen und diskursiven Verhärtung hierzulande unterstützen wir unsere alten und neuen Partnerorganisationen, die auch mitten im Krieg die Menschlichkeit und die Menschheit nicht aufgeben.**

**Spendenstichwort: Wo es am nötigsten ist**

# Leben und in Gaza

Zwei Zeugnishaften



Gesundheitspersonal fordert in Gaza-Stadt im April 2026 die Freilassung von 362 Ärzt:innen, die in israelische Haft verschleppt wurden.

# Sterben



# System der Willkür

Wie hilft man, wenn es an allem mangelt? Fragen an die Kinderärztin Tanya Haj-Hassan

Foto: Privat



Dr. Tanya Haj-Hassan ist pädiatrische Intensivmedizinerin und eine der wichtigsten Stimmen zur humanitären Lage in Gaza. Zwischen Notfalleinsätzen vor Ort und Berichten vor internationalen Gremien reist die US-Amerikanerin um die Welt, um auf das Schicksal ihrer Patient:innen aufmerksam zu machen.

**Sie sind seit 2013 mehrfach in Gaza gewesen, aber auch nach dem Beginn des Krieges im Oktober 2023. Wie würden sie den Unterschied beschreiben?**

Es war schon früher nicht einfach. Aber Gaza war ein Ort, wo Menschen ihr Leben gelebt haben. Meine Medizinstudenten dort gehörten zu den engagiertesten, die ich je unterrichtet habe. Man konnte die Begeisterung fürs Fach förmlich spüren. Ich wusste, wie Gaza aussieht: Khan Younis, Gaza-Stadt, Rafah. Bei meinen Besuchen in den vergangenen Monaten war es apokalyptisch. Ich habe nie zuvor einen Ort gesehen, der dem Erdboden gleichgemacht wurde. Ich habe in Irak gearbeitet,

auch im Sudan. Was dort geschieht, ist furchtbar. Aber die komplette Einebnung Gazas – eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt –, das lässt sich mental kaum greifen. Es ist nur noch flaches Land. Sobald man dort ist, hört man das permanente Summen der Drohnen, aber auch die Geräusche von Kampfjets und Explosionen. Gaza hatte früher einen der blauen Himmel, die ich gesehen habe. Jetzt liegt ständig ein grauer Schleier darüber. Asthmatiker sind in Gaza dauerhaft im Krankenhaus. Ich bin oft gegen 4 Uhr morgens aufgewacht, weil die Wände sprichwörtlich gewackelt haben. In der Notaufnahme wurden Betten entfernt und Patient:innen auf dem Boden behandelt. Man sieht verletzte Frauen, Jugendliche, sehr kleine Kinder – all das ist Alltag. Ich war in Phasen dort, wo wir mehrere Kleinkinder gleichzeitig auf einem einzigen Krankenbett reanimiert haben. Das sind Bilder, die man nicht mehr aus dem Kopf bekommt.

**Hatten Sie persönlich keine Angst, unter solchen Bedingungen zu arbeiten?**

Irgendwann hört man auf, über das eigene Risiko nachzudenken. Es erschüttert das Verständnis, warum man überhaupt auf der Welt ist. Bei meinem letzten Aufenthalt 2024 war ich in der Notaufnahme im ersten Stock, als eine israelische Drohne den zweiten Stock bombardierte. Feuer brach aus – zwei Patienten wurden getötet, mehrere verletzt. Ich bin auf die andere Straßenseite gerannt, um

Equipment zu holen. Wenn man so etwas erlebt hat, kann man nicht mehr wegsehen. Man versucht, fast obsessiv, alles zu tun, um es zu stoppen.

### **Israel hat in Gaza immer wieder gezielt medizinische Einrichtungen bombardiert. Wie ist die medizinische Lage heute?**

Der Großteil der Krankenhäuser ist teilweise oder ganz zerstört. Es gibt nur noch wenige Kliniken und ein paar Feldkrankenhäuser. Vor Oktober 2023 gab es zum Beispiel sechs pädiatrische Intensivstationen. Fünf davon wurden zerstört: das Kamal-Adwan-Krankenhaus, das Nasr-Kinderkrankenhaus, das TC Pediatric Sub-Specialty Hospital, das Al-Durra-Kinderkrankenhaus und das Europäische Krankenhaus in Gaza. Übrig ist nur die Station im Nasr-Krankenhaus, die Ende 2022 eröffnet wurde. Es gibt praktisch keine Orte mehr, an denen schwerkranke Kinder versorgt werden könnten. Dabei ist der Bedarf massiv gestiegen. Palästinensische Gesundheitskräfte haben versucht zu improvisieren. In den letzten Monaten wurden kleine Ersatz-Intensivstationen eingerichtet. Sie arbeiten unter extremen Bedingungen, auch weil essenzielles medizinisches Equipment nicht hineingelassen wird.

### **Woran fehlt es konkret?**

Am Grundlegendsten. Medizinische Ausrüstung darf nicht eingeführt werden. Bei meinem jüngsten Besuch haben wir beantragt, einfache medizinische Gegenstände mitzuführen – sie hatten keinerlei Dual-Use-Nutzen. Sie dienten ausschließlich der Patientenversorgung. Wir haben nie eine Antwort erhalten. In unserem Konvoi wurden von 29 Personen drei die Einreise verweigert, weil sie Gegenstände dabei hatten, die als verboten eingestuft wurden – darunter Medikamente oder ein zweites Handy. Selbst Stethoskope wurden zeitweise eingeschränkt.

### **Was bedeutet das für Menschen vor Ort?**

Reguläre Versorgung ist unmöglich geworden. Die meisten meiner Kolleg:innen leben in Zelten. Sie können nicht mal die Trümmer ihrer Häuser räumen, um Leichen ihrer Angehörigen zu bergen. Sie leben ohne sanitäre Versorgung und sind weiterhin Luftangriffen ausgesetzt. Die Folgen sind deutlich: Krankheiten und steigende Fehlbildungen bei Neugeborenen. Patient:innen, die im Ausland behandelt werden müssten, wird die Ausreise verweigert. Ich habe mehrere Säuglinge mit angeborenen Herzfehlern behandelt – Erkrankungen, die leicht behandelbar wären. Sie standen monatelang auf Evakuierungslisten. Keines von ihnen durfte ausreisen. Alle sind gestorben. Auch Krebspatient:innen werden in Gaza nicht mehr behandelt, das einzige Krebszentrum wurde zerstört. Ich habe eine 38-jährige Mutter mit metastasierendem Brustkrebs getroffen, die seit November 2025 darauf wartet, ausreisen zu dürfen. Viele befinden sich in ähnlichen Situationen. Die Verhinderung medizinischer Versorgung führt nicht nur zu mehr Toten. Sie führt zu langsamen, oft sehr schmerzhaften Todesverläufen, die leicht vermeidbar wären.

### **Wie verarbeiten Sie das alles persönlich?**

Ich bin kein wütender Mensch, aber in den letzten Jahren habe ich sehr viel Wut verspürt. Es ist, als würde man zusehen, wie eine Bombe in Zeitlupe vor einem explodiert. Man weiß genau, was diese Kinder zum Überleben bräuchten. Dass ihnen die Versorgung bewusst vorenthalten wird. Aus – ich sage das ganz deutlich – genozidalen Gründen. Welche andere Rechtfertigung könnte es dafür geben, einem Säugling die Ausreise zur Behandlung zu verwehren? Oder dafür, pädiatrische Ausrüstung zu verbieten? Oder dafür, die gesamte Infrastruktur für Krebsbehandlungen zu zerstören?

### **Deutschland gehört zu Israels engsten Unterstützern. Was versuchen Sie deutschen Ent-**

**scheidungsträger:innen hier zu vermitteln?**

Niemand soll sagen können, sie hätten von nichts gewusst. Die von uns, die in Gaza waren, kommen mit Fotos und Berichten zurück: Wir legen Zeugnis ab. Was ihr damit anstellt, ist eine andere Frage.

**Sie haben sich immer wieder öffentlich zur Situation in Gaza geäußert, im November 2024 auch vor den Vereinten Nationen in New York. Gab es Versuche, Sie zum Schweigen zu bringen?**

Ja, mehrfach. Es wurde auch immer wieder behauptet, ich sei Palästinenserin – als würde das meine Berichte entwerten. Diese Argumentation spricht Bände über das Ausmaß der Entmenschlichung. Zeitweise wurde ich sogar von meinem Arbeitgeber suspendiert, nachdem ein Arzt, den ich selbst nie getroffen hatte, auf Grundlage eines Interviews eine Beschwerde gegen mich eingelegt hatte. Palästinensische Stimmen sind natürlich viel gefährdeter. Ein palästinensischer Kollege von mir wurde vom israelischen Militär festgenommen und gefoltert.

**Wie erleben Sie die Zusammenarbeit mit Ihren palästinensischen Kolleg:innen in Gaza?**

Es gibt eine gewisse Abstumpfung. Man kann es sich nicht leisten, in der Ecke zu stehen und zu weinen. Was mich beeindruckt, ist die Entschlossenheit. Sie erscheinen zur Arbeit, versuchen weiter, Leben zu retten. Ich habe mit einem Arzt gearbeitet, der lange versucht hat, eine pädiatrische Intensivstation neu zu eröffnen. Schließlich ist es ihm gelungen. Vier Wochen später wurde sie wieder bombardiert. Und er hat wieder von vorn angefangen. Die Menschen können es sich nicht leisten, irgendetwas an sich zu binden – Häuser, Gegenstände, Menschen –, weil alles zu jedem Zeitpunkt verloren gehen könnte. Ein Kollege sagte: „Wir haben nicht den Luxus, zu trauern.“

**Was bedeutet das für die psychische Verfassung einer Gesellschaft?**

Es hat einen regelrechten Zusammenbruch gegeben: Systeme, die für Ordnung sorgen, sind kollabiert. Das passiert, wenn das Grundgefüge einer Gesellschaft zerstört wird. Das Trauma ist allgegenwärtig. Kinder, die längst über das Bettnässen hinaus sein sollten, fallen zurück. Das sind kleine, aufschlussreiche Zeichen chronischer Traumatisierung. Es ist auch nicht „posttraumatisch“ – es gibt ja kein „danach“ in Gaza. Ich glaube nicht, dass unsere medizinischen Kategorien ausreichen, um dieses Trauma richtig zu erfassen.

**Gibt es Geschichten, die Ihnen besonders im Gedächtnis geblieben sind?**

So viele. Ich könnte Ihnen von Sham erzählen, die den Großteil ihrer Familie verloren hat und immer wieder weinend aufwachte und nach ihrer Mutter schrie. Ihre Mutter wurde getötet und sie selbst hatte mehrere Darmdurchbrüche. Oder von Mohammed, dem die Ausreise zur Behandlung verweigert wurde. Er ist 13 Jahre alt und konnte erst mehrere Monate später nach Jordanien ausreisen, obwohl der Antrag Monate zuvor gestellt worden war. In dieser Zeit ist er von 35 auf 18 Kilogramm abgemagert. Monate später liegt er immer noch auf der Intensivstation. Oder von Musab Saman, einem jungen Arzt – einer der besten seines Jahrgangs –, der in israelischer Haft sitzt und wie so viele andere derselben Folter ausgesetzt ist, ohne je irgendeine Straftat begangen zu haben. Jede einzelne dieser Geschichten müsste eine Person ein Leben lang begleiten. Aber man verdrängt sie, weil auf die eine sofort die nächste folgt. Das Ausmaß der Verbrechen ist schwer zu erfassen.

*Das Interview führte Hanno Hauenstein.*

# Soziale Anomie

Der Arzt Bassam Zaqout berichtet über seinen Alltag inmitten von Trümmern



Dr. Bassam Zaqout leitet die medizinischen Teams der Palestinian Medical Relief Society (PMRS) in Gaza. Die medico-Partnerorganisation setzt sich seit Jahrzehnten für die medizinische Versorgung in den von der israelischen Besatzung besonders vernachlässigten ländlichen Gebieten der Westbank und im Gazastreifen ein – mit mobilen Kliniken, Gesundheitszentren und Ausbildungsprogrammen.

Im Oktober 2025 ging der Krieg offiziell in einen Waffenstillstand über. Ende Dezember konnten wir in unsere alte Wohnung zurück. Sie hat keine Türen und keine Fenster mehr, aber wir haben Wände. Das ist mehr, als viele andere haben. Wir haben Glück gehabt. Und wir haben zugenommen, die Versorgung ist besser als noch während der andauernden Angriffe. Israelische Firmen verkaufen Lebensmittel und andere Dinge des täglichen Bedarfs in den Gazastreifen. Alles ist sehr teuer, viel teurer, als die meisten Menschen zahlen können. Ich

habe deshalb aufgehört zu rauchen. Immerhin. Eine kleine Batterie für LED-Lampen, die normalerweise 20 Dollar kostet, kostet jetzt 1.000 Dollar. Allein für Strom zahle ich jede Woche 70 Dollar, deswegen sparen wir, so gut wir können. Viele andere Familien hängen komplett von Hilfsgütern ab. Eine Vielzahl von Organisationen verteilt Pakete an kleine Gruppen von Empfänger:innen. Aber es gibt kein System, niemand versteht, warum wer was bekommt und wann es wo etwas gibt. Viele gehen leer aus, Korruption ist Alltag. Manche Leute werden sehr reich.

Wir verbringen die meiste Zeit in der Wohnung, spielen Tischtennis auf dem Esstisch. Es macht Spaß, und so haben wir wenigstens ein bisschen Bewegung. Auf die Straße gehen wir nur für wichtige Besorgungen. Draußen ist es nicht sicher, vor allem nicht abends und nachts. Zwar wird nur noch sehr selektiv bombardiert, aber du weißt nie, wann und wo. Immer wieder stoßen von den Israelis bewaffnete Gruppen aus dem besetzten Teil des Gazastreifens vor und schießen um sich. Vor drei Wochen wurde ich von einer Hamas-Patrouille gestoppt, die Menschen kontrolliert haben. Aber manchmal sind das auch andere bewaffnete Gruppen, man weiß nie, an wen man gerät. Also ist es besser, möglichst wenig draußen zu sein. Meine Kinder gehen drei Tage die Woche in ein Bildungszentrum, aber am spä-

ten Nachmittag sind wir alle wieder zu Hause. Mit dem Waffenstillstand ist immerhin ein seltsames Gefühl von Stabilität eingekehrt. Aber es gibt keine dauerhafte Lösung. Die Menschen haben Angst, dass die Ruhe nicht anhält und sie erneut vertrieben werden. Denn wenn man ehrlich ist, ist zwar sehr viel zerstört, aber die Hamas ist weiter an der Macht. Viele hoffen, dass sie ihre übriggebliebenen Waffen abgeben und sich in einer späteren Phase des Waffenstillstands zurückziehen. Aber ob sie Gaza wirklich aufgeben werden?

Die Menschen sind weiterhin sehr beschäftigt mit dem täglichen Überleben. Arbeit, Lohn, hohe Kosten – und immer noch leben sehr viele in notdürftigen Unterkünften. Der Ausnahmezustand hält an. Aber die Traumatisierung ist offensichtlich. Bei vielen ist die Lunte sehr

Schon Kleinigkeiten eskalieren. Daran zeigt sich der Grad der psychischen Zerstörung.

kurz, schon Kleinigkeiten können zu einem handfesten, oft gar tödlichen Konflikt führen. Alle paar Tage sterben ein, zwei Menschen infolge eskalierter Streitereien um einen Platz in einer Warteschlange oder eine Packung Wasch-immer im Supermarkt. Es gibt keine Toleranz und kein Zurückstecken. Oft versteht man gar nicht, worum es geht. Als würden die Menschen den Streit suchen. Vielleicht entlasten sie sich so von all der Wut und Verzweiflung. Hierin zeigt sich der Grad der psychischen Zerstörung in Gaza.

Unsere Kultur basiert auf Familien, großen Familien mit 200, 300 Mitgliedern. Normalerweise schlichten Mukhtare, anerkannte familiäre

Autoritären, Streitigkeiten. Aber heute wird auch innerhalb der Familien gekämpft. Die Mukhtare haben viel Autorität eingeübt, Familienbande lösen sich auf. Gaza ist eine fragmentierte Gesellschaft, jeder steht für sich allein. So wird auch Kriminalität nicht mehr eingedämmt. Es gibt keine Autorität mehr, die den Menschen sagt: Das ist schlecht für dich und für die Gesellschaft. Und es gibt gleichzeitig so viele Probleme, um die sich gekümmert werden muss.

Nach zwei Jahren Krieg existiert kein Gesundheitssystem mehr, auch kein Staatshaushalt oder Ähnliches. Stattdessen wird jede Ausgabe, jede Stelle, auch im Gesundheitsbereich, über Projekte finanziert. Alle müssen Gelder für ihre Projekte aufreiben. Das ist kein System, das nachhaltig arbeitet, sondern ein Überlebensmodus. Es gibt zwar oberflächliche Verbesserungen der Versorgung, aber auf einer strukturellen Ebene liegt das Gesundheitssystem am Boden. Das zeigt sich schon an der Stromversorgung, die überall auf dem Einsatz von Generatoren basiert. Diesel ist zwar inzwischen verfügbar, aber das ebenfalls benötigte Öl für einen dauerhaft laufenden Generator kostet 10.000 Dollar im Monat – früher waren es 100 Dollar.

In den verbliebenen Gesundheitszentren und Kliniken sind die Möglichkeiten zur Diagnose sehr eingeschränkt. Dadurch passieren viele Fehler. Gleichzeitig fehlen Medikamente für komplexe oder chronische Krankheiten. Also werden Patient:innen nur anhand der einfachsten Symptome behandelt: Kopfschmerzen, Fieber, Durchfall. Vor ein paar Tagen hatten wir ein Mädchen mit ungewöhnlich starken Schweißausbrüchen. Das könnte neurologische Ursachen haben oder auch hormonelle. Wir wissen es nicht. Menschen, die akut Hilfe brauchen – zum Beispiel bei einem Herzinfarkt –, werden wahrscheinlich sterben, noch wäh-

rend sie auf eine Behandlung warten. Es gibt keine Notversorgung, oft fehlt selbst Verbandsmaterial.

Als PMRS tun wir, was wir können, um dem enormen Bedarf gerecht zu werden. Unsere Angebote für Frauen konnten wir zum Beispiel deutlich verbessern, in all unseren Gesundheitszentren. Auch wir sind von den Engpässen bei der Versorgung betroffen. Importieren können wir nicht, also müssen wir alles, was wir brauchen, auf lokalen Märkten einkaufen. In den letzten zwei Monaten gab es relativ viele Medikamente, also haben wir unsere Vorräte aufgestockt. Aber jetzt fehlen Reagenzien für die Diagnostik in unserem Labor. Neue Computer sind keine Option und Papier ist extrem teuer geworden. Unser Bedarf würde etwa 20.000 Dollar pro Monat kosten, um weiter Befunde ausdrucken zu können und die Dokumentation nachzuhalten. Das geht natürlich nicht, also schicken wir uns PDF-Anhänge über Messenger. So hangeln wir uns von Tag zu Tag.

Für temporäre Gesundheitsprojekte stellen wir Leute aus der jeweiligen Gegend ein. Dadurch vermeiden wir Anfahrtswege. Der Transport ist sehr teuer und unzuverlässig. Für unsere Festangestellten ist es schwierig, 70 von ihnen konnten nicht in ihr Zuhause zurückkehren – weil es zerstört wurde oder in einem nicht zugänglichen Viertel liegt. Wir weisen sie dem nächstliegenden Gesundheitsposten zu, das führt aber zu einer ungleichen Verteilung. Irgendwie funktioniert es.

Ich bin trotz allem Optimist. Es gibt zurzeit für Israel keinen Grund, wieder anzugreifen. Sie kontrollieren alles, es gibt keine Bedrohung. Außerdem verlassen Menschen den Gazastreifen, das wollten sie ja. Und von den Trump-Initiativen hört man zwar zurzeit nichts, aber sie sind nicht abgesagt. Nach all den Kriegen ist die Region einfach müde.

In Gaza sind die Lebensgrundlagen von mehr als zwei Millionen Menschen verwüstet. Wohn- und Krankenhäuser, Schulen, Universitäten, Moscheen, landwirtschaftliche Flächen: Nichts und niemand ist verschont geblieben. So wurden auch 1.700 Gesundheitsarbeiter:innen getötet, viele während des Versuchs, anderen das Leben zu retten.

Anfang Mai richtete ein von der Initiative medsolidar mit medico organisiertes Symposium zu „Humanitärer Medizin“ in Berlin den Fokus auf Gaza. 200 Gäste, überwiegend aus dem medizinischen Bereich, diskutierten darüber, welche Auswirkungen die systematische Zerstörung der Gesundheitsinfrastruktur auf die Versorgung der Zivilbevölkerung und die medizinische Arbeit vor Ort hat. Was ist zu tun, lokal und global? Und welche ethische Verantwortung hat die deutsche Ärzt:innenschaft, wenn Kolleg:innen in Gaza getötet und entführt werden?

Unterdessen setzen die medico-Partnerorganisationen in Gaza, weiterhin unter widrigsten Bedingungen, ihre Arbeit fort. Sie leisten medizinische und psychosoziale Nothilfe, reparieren Brunnen, organisieren Unterkünfte, kümmern sich um provisorischen Schulunterricht und betreiben eine Suppenküche.

Spendenstichwort: Nothilfe Nahost

# Projekte Projektionen

## Beistand vor Gericht

Mit den Mitteln des Rechts gegen die Kriminalisierung von Flucht

Anfang Februar 2026 rammte die griechische Küstenwache vor der griechischen Insel Chios ein Boot mit Geflüchteten. 15 Menschen starben. Verhaftet wurde allerdings nicht die Crew der Küstenwache – verhaftet wurde einer der Überlebenden. Wie in vielen anderen Fällen konstruiert die griechische Staatsanwaltschaft den Vorwurf der Schleuserei. In die ungleiche Auseinandersetzung vor Gericht hat sich das Legal Center Lesvos eingeschaltet. Seit nunmehr zehn Jahren leisten die Anwält:innen kostenlose Rechtsberatung für Geflüchtete in Asylverfahren und dokumentieren Menschenrechtsverletzungen bei illegalen Pushbacks. Immer häufiger sind sie auch mit Fällen willkürlicher Kriminalisierung wie in Chios konfrontiert. Indem das Legal Center Lesvos strategische Gerichtsprozesse vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte führt und, wie in diesem Fall, konkreten juristischen Beistand leistet, widersetzt es sich der Entrechtung an den EU-Außengrenzen und verteidigt das Recht auf Asyl.



Foto: medfio

Zurückgelassene Schwimmwesten zeugen von einer erfolgreichen Landung Geflüchteter auf Lesbos.

**Spendenstichwort: Flucht und Migration**

## Über den Tag hinaus

Unterstützung für Vertriebene in der Ukraine

Während der Krieg in der Ukraine unvermindert weitergeht, schwindet die internationale Solidarität mit der vom Krieg geplagten Bevölkerung. Hilfsgelder werden gekürzt, die Spendenbereitschaft sinkt. Die übriggebliebenen Hilfsgelder fließen zu großen Teilen in die umkämpften Gebiete nahe der Front. Das führt allerdings dazu, dass viele Menschen trotz aller Gefahren eben dort bleiben – oder nach einer Evakuierung sogar zurückkehren, weil sie nicht wissen, wie sie andernorts über die Runden kommen sollen. So auch im Oblast Dnipropetrowsk in der Südostukraine. Ankommende Vertriebene werden dort registriert, medizinisch versorgt und kurzfristig unterstützt. Doch schon nach wenigen Tagen stehen viele vor dem Nichts. Unterkünfte für einen längeren Aufenthalt sind rar und überfüllt. Der medico-Partner Responsible Citizen hat dieses Ungleichgewicht erkannt und unterstützt ankommende intern Vertriebene aus der Ost- und Südostukraine in Dnipropetrowsk langfristig. So kümmern sich die Partner:innen um Unterkunft und Versorgung für sechs Monate. Für Menschen mit Traumatisierungen, Gewalterfahrungen und psychischen Erkrankungen organisieren sie zudem psychosoziale Unterstützung. Damit adressieren sie eine der schwersten Herausforderungen der ukrainischen Gesellschaft infolge des Krieges – und schaffen gleichzeitig Raum für Verarbeitung, Erholung und menschliche Zukunftsperspektiven jenseits des blanken Überlebens.

**Spendenstichwort: Ukraine**

## Lokal versus global

Gegen die Zerstörungen durch den Nickelabbau in Indonesien

Nickel ist einer der heißen Rohstoffe des sogenannten grünen Kapitalismus. Allein wegen der Verwendung in Batterien von Elektroautos steigt die globale Nachfrage rasant. Das hat die nickelreiche Region Zentralsulawesi in Indonesien in den Fokus der Rohstoffindustrie gerückt – mit verheerenden Folgen für die lokale Bevölkerung. Arbeiter:innen in den Minen und Schmelzen sind Ausbeutung und gesundheitsgefährdenden, teils lebensbedrohlichen Bedingungen ausgesetzt. Abbau und Weiterverarbeitung sorgen für Vertreibungen und zerstören unabhängige Einkommensquellen. Von der Luft- und Wasserverschmutzung ist auch die lokale Bevölkerung im Umland der Fabriken betroffen. So ist die Rate von Atemwegserkrankungen und Hautkrankheiten enorm angestiegen. Doch der Widerstand wächst. Zahlreiche kleine Gewerkschaften setzen sich für sicherere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung ein. Bewohner:innen im Umland der Fabriken kämpfen gegen Landraub und Umweltzerstörung. Unterstützt werden sie von der medico-Partnerorganisation Yayasan Tanah Merdeka [YTM]. Sie wendet sich gegen die Ausweitung des Nickelabbaus, setzt sich für die Schließung illegaler Minen ein und stärkt die Widerstandskampagnen vor Ort. Ziel ist eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der Menschen in der Region dient – und nicht dem globalen Ressourcen hunger.

**Spendenstichwort: Klimagerechtigkeit**

# Auf der Su



Foto: medico

Erinnerung an die Opfer der Pinochet-Diktatur im Museum der Erinnerung und Menschenrechte in Santiago de Chile.



# che

Vom Kampf um Gewissheit und Gerechtig-  
keit in Lateinamerika, Syrien  
und auf den Migrationsrouten

# Wo kein Körper, da kein Richter

Das gewaltsame Verschwindenlassen von Menschen hat in Lateinamerika eine grausame Kontinuität

Von Timo Dorsch

Es ist ein Lied, das die Grenzen innerhalb Lateinamerikas hinter sich lässt. Die Band Calle 13 besang 2011 in ihrem preisgekrönten Song „Latinoamérica“ die Geschichten derer, die verschwunden sind – oder genauer: die verschwunden gelassen wurden. „Das schönste Gesicht, das ich kennen gelernt habe / Ich bin das Foto eines Verschwundenen.“ Die Praxis des Verschwindenlassens hat sich im Laufe der vergangenen Jahrzehnte gewaltsam in die lateinamerikanische Identität eingeschrieben und im kollektiven Gedächtnis verankert. Sie begann Mitte des 20. Jahrhunderts in Guatemala, nahm über Chile ihren Lauf und verbreitet heute ihren Schrecken in Brasilien und Mexiko. Überall auf dem Kontinent zieren unzählige Fotografien von Verschwundengelassenen Häuserwände und Strommasten, ganze Museen sind ihnen gewidmet, Familien auf einer teils endlosen Suche nach ihren Liebsten – oder zumindest nach Gewissheit.

Es heißt Staatsterrorismus

Gewaltsames Verschwindenlassen beschreibt Fälle, in denen Menschen entführt oder fest-

genommen werden und anschließend nicht mehr aufzufinden sind. In den allermeisten Fällen sind staatliche Akteure daran beteiligt – sei es direkt, indem Polizei oder Militär Menschen verschwinden lassen, oder indirekt, weil Behörden nicht tätig werden. Das aktive Unterlassen, die Fälle aufzuklären, ist in vielen Ländern Lateinamerikas eingebettet in eine strukturelle Straflosigkeit. Verschwindenlassen ist ein „perfektes Verbrechen“, weil es eine strafrechtliche Verfolgung erheblich erschwert. Eine Leiche ist Zeugnis einer Tat, ist aber eine Person spurlos verschwunden, versanden meist alle Bemühungen, das Geschehen zu rekonstruieren und Verantwortung einzuklagen. Wo kein Körper, da kein Richter.

Ganze 36 Jahre hatte der Krieg in Guatemala gewütet, als er im Dezember 1996 offiziell endete – mit über 200.000 Toten. Die allermeisten, 83 Prozent, gehörten der indigenen Bevölkerung an. Knapp anderthalb Millionen Menschen wurden zu intern Vertriebenen oder mussten das Land verlassen, 626 Massaker wurden registriert. Der Staat ließ über 40.000 Guatemalte:k:innen verschwinden und war für über 90 Prozent aller Verbrechen verantwort-

lich. Die Militärs und Politiker an der Macht, von Antikommunismus und kolonialem Rassismus angetrieben, agierten so systematisch wie willkürlich gegen Oppositionelle und indigene Völker. Die politische Motivation hinter der Gewalt verband sich mit einer ökonomischen Logik. Im guatemaltekischen Hochland mit nur schwer zu bestellenden kleinbäuerlichen Anbauflächen setzte die Regierung auf eine Politik der verbrannten Erde. Die Bevölkerung wurde ausgelöscht oder vertrieben. Im fruchtbaren Tiefland hingegen, wo das Land vorwiegend im Besitz von Unternehmen war, ließ sie gezielt Einzelne gewaltsam verschwinden. Denn hier war das Kapital zur Bestellung der Felder auf Arbeitskräfte angewiesen. Das Verschwindenlassen sorgte für Schrecken innerhalb der Bevölkerung – und für ihre Disziplinierung.

Den gleichen Effekt erzielte der Staatsterrorismus in Chile, wo ein Militärputsch gegen die demokratische Regierung von Salvador Allende am 11. September 1973 eine Diktatur des Neoliberalismus installierte, die trotz ihres offiziellen Endes 1990 bis heute wirkt. Auch hier wütete der Antikommunismus gnadenlos. In 17 Jahren waren die Militärmachthaber für die Ermordung oder das Verschwindenlassen von über 3.200 Menschen verantwortlich. Bis heute hält die Suche nach ihnen an. Von den offiziell 1.469 Verschwundenen konnten dank des Fundes von Leichen[teilen] 307 Personen identifiziert werden. In vielen Fällen ist dies nicht möglich: Menschen wurden an Metallstreben gefesselt und von Hubschraubern in den Tiefen des Pazifiks versenkt.

Der Repressionsapparat nahm auch Juana Aguilera Jaramillo ins Visier, inhaftierte und folterte sie. „Ich war nicht lange weg, nur vier Jahre. Andere traf es härter“, bemerkt die 69-jährige Direktorin der medico-Partnerorganisation CODEPU. Die im ganzen Land bekannte Men-

schenrechtsorganisation kümmert sich um die Aufarbeitung der Menschenrechtsverbrechen unter Diktator Pinochet und auch um die Gewaltexzesse im Zuge der Protestwelle, die das Land 2019 erschütterte. „Das gewaltsame Verschwindenlassen war geplant und selektiv. Es richtete sich gegen die linke Opposition“, erinnert sich

Eine Leiche ist Zeugnis einer Tat. Bleibt eine Person spurlos verschwunden, lässt sich Verantwortung nur schwer einklagen.

Juana, „und ist Teil einer ganzen Abfolge von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Am Anfang steht die Inhaftierung, dann die Folter, und schließlich das gewaltsame Verschwindenlassen, um eine Hinrichtung zu verheimlichen.“

Seit März 2026 regiert in Chile der deutschstämmige neoliberale Reaktionär José Antonio Kast. Unmittelbar nach seiner Amtsübernahme ließ er ein erst 2023 eingerichtetes Programm zur Suche von unter der Diktatur Verschwundenen einstellen. Kast macht aus seiner Bewunderung für Pinochet keinen Hehl, berief gar zwei seiner ehemaligen Anwälte in sein Kabinett. Der neue Präsident reiht sich somit ein in den Pakt des Stillschweigens, den die Verantwortlichen auch 36 Jahre nach Ende der Diktatur aufrechterhalten.

#### Zur Wiederholung verurteilt

Stehen Chile und Guatemala für eine staatliche Politik des gewaltsamen Verschwindenlassens, herrscht heute in Mexiko und Brasilien

primär eine andere Gewaltlogik, die sich unter ökonomischen Vorzeichen abspielt. Je nach Region kämpfen lokale Banden, Milizen, Unternehmen und politische Eliten mit- oder gegeneinander um die Durchsetzung der eigenen Interessen.

Zwar grassierte auch in Mexiko in den 1960er- und 70er-Jahren ein schmutziger Krieg gegen bäuerliche und studentische aufständische Organisationen, der sich bereits damals im Verschwindenlassen Hunderter Menschen ausdrückte. Doch erst ab dem Jahr 2006 nahm die

Gewalt gegen die mexikanische Bevölkerung ihre aktuell endemischen Züge an. Allein im vergangenen Jahrzehnt wurden dort über 400.000 Morde registriert. Bis 2025 galten über 133.000 Menschen als verschwunden. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher sein.

Ein Fall, der weltweit Aufsehen erregt hat, ereignete sich 2014 im Bundesstaat Guerrero, wo 43 Lehramtsstudenten in einer konzertierten Aktion von Polizei, Armee und organisiertem Verbrechen entführt wurden. Bis heute sind sie spurlos verschwunden, das Verbrechen bis



Foto: medico

„Lebend wollen wir sie zurück!“ Demonstration von Müttern der im Jahr 2014 verschwundenen 43 Studenten aus Ayotzinapa

heute nicht endgültig aufgeklärt. Zwar gelang es der 2024 angetretenen Regierung unter Claudia Sheinbaum, die Mordrate in ihrem ersten Jahr im Amt um ganze 41 Prozent zu senken. Doch gleichzeitig nahm die Zahl der Verschwundenen drastisch zu. „Kriminelle Gruppen scheinen beschlossen zu haben, die Leichen ihrer Opfer zu beseitigen, um zu viel Aufmerksamkeit seitens des Staates zu vermeiden“, schreibt der Analyst David Mora.

Heute verschwinden täglich 40 Personen in Mexiko. In jüngster Zeit häufen sich zudem Fälle, bei denen Angehörige, die ihre Liebsten suchen, selbst verschwunden gelassen oder ermordet werden. Aufgrund der Schwere dieser Menschenrechtskrise und der Untätigkeit der mexikanischen Regierung, beschloss der Ausschuss der Vereinten Nationen gegen das Verschwindenlassen (CED) Anfang April, dass sich die UN-Generalversammlung damit auseinandersetzen müsse. Das mexikanische Außenministerium verwehrt sich gegen den Vorwurf, die Regierung sei untätig, und warf dem UN-Gremium eine „tendenziöse“ Arbeitsweise vor. In einem offenen Brief, den auch die medico-Partnerorganisation Fray Bartolomé de las Casas unterzeichnete, beklagen Menschenrechtsorganisationen und Angehörige von Verschwundenen derweil: „Solange der mexikanische Staat die Verschwundenen weiterhin leugnet, verurteilt er uns Mexikaner:innen dazu, dass sich diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit immer wiederholen. Er verurteilt uns Opfer dazu, weiterhin einen Weg der Qual zu beschreiten.“

Diesen Weg der Qual beschreiten auch die Angehörigen Zehntausender Verschwundener in Brasilien. Dort wurden allein in den beiden vergangenen Jahren fast 160.000 Verschwundene gemeldet, von über 45.000 Menschen fehlte bis Ende 2025 weiterhin jede Spur. Den größten Anstieg verzeichneten dabei Regionen, die von

Konflikten zwischen kriminellen Gruppen und Milizen um Märkte und Einflussgebiete sowie von vielen tödlichen Polizeieinsätzen geprägt sind. Zeitgleich weisen diese Gebiete einen deutlichen Rückgang der registrierten Morde auf. Vieles deutet also darauf hin, dass das Verschwindenlassen auch hier vor allem dem Zweck dient, das Ausmaß tödlicher Gewalt zu verschleiern. Anfang März verabschiedete das brasilianische Abgeordnetenhaus einen Gesetzentwurf, der Verschwindenlassen als „unverjährbares Verbrechen“ mit Freiheitsstrafen von bis zu 30 Jahren einstuft, sofern der Staat oder Amtsträger:innen daran beteiligt sind. Ob und wann solch ein Gesetz die traurige Realität Tausender Brasilianer:innen, die Angehörige vermissen, verändern wird, bleibt fraglich. Der Schmerz angesichts von Ungewissheit und Verlust verbindet zahllose Menschen in ganz Lateinamerika.



Timo Dorsch ist seit 2024 Referent für Südamerika bei medico. Schon sehr viel länger arbeitet er zu den Gewaltökonomien in der Region. Im Rundschreiben schätzen wir nicht nur seine Texte, sondern auch seine Fotos.

In Guatemala, Chile, Mexiko und Brasilien unterstützt medico die psychosoziale Arbeit mit Angehörigen von Verschwundenen, oft schon seit Jahrzehnten.

Spendenstichwort: Lateinamerika

# Kaum zu fassen

In Syrien werden Hunderttausende vermisst. Die UN unterstützt die Suche. Fragen an Karla Quintana



Seit Dezember 2024 leitet Karla Quintana die „Unabhängige Institution für vermisste Personen in der Arabischen Republik Syrien“ der Vereinten Nationen. Zuvor war sie viele Jahre Direktorin der Nationalen Suchkommission in Mexiko.

**Mit dem Ende des Assad-Regimes und der jüngsten Vereinbarung zwischen der Übergangsregierung in Damaskus und der demokratischen Selbstverwaltung im Nordosten scheint der syrische Albtraum zu Ende zu gehen. Wie hoffnungsvoll blicken Sie in die Zukunft des Landes?**

Seit dem Sturz des Assad-Regimes gibt es Hoffnung. Das ist seit dem 8. Dezember 2024 allgemein auf den Straßen und im Ausland zu spüren. Es ist ein hoffnungsvoller Moment für die Einheit Syriens, trotz aller Herausforderungen, die eine neue Regierung mit sich bringt.

**Gibt es Schätzungen darüber, wie viele Menschen in Syrien vermisst werden?**

Dank der hervorragenden Arbeit, die zivilgesellschaftliche Organisationen während der gesamten Dauer des Regimes geleistet haben, belief sich die Zahl der als vermisst gemeldeten Personen zum Zeitpunkt seines Sturzes auf schätzungsweise etwa 130.000. Nach der Einrichtung der Nationalen Kommission für vermisste Personen (NCMP) im Mai 2025 gab der Kommissar an, dass es in Syrien bis zu 300.000 vermisste Personen gebe. Bis heute gibt es keine offiziellen Zahlen zur Anzahl der als vermisst gemeldeten Personen in Syrien. Ich beschäftige mich seit mehr als zwei Jahrzehnten mit dem Thema des Verschwindens von Personen und war noch nie an einem Ort, an dem buchstäblich jede Familie eine oder mehrere vermisste Personen zu verzeichnen hat. Das volle Ausmaß der Krise ist nach wie vor nicht bekannt.

**Was bedeutet es eigentlich, in Syrien als vermisst zu gelten?**

Familien in Syrien und auf der ganzen Welt sagen zu Recht, dass es nicht um Zahlen geht, sondern um Leben, Träume, Familien, Menschen. Das Erste, was wir also wissen müssen, ist, wen wir suchen. Das bedeutet nicht nur, ihre Namen zu kennen, sondern auch, wer diese Menschen sind und warum sie ver-

schwunden sind. Dies führt uns zur nächsten Frage: Wen betrachten wir in Syrien als vermisst? Die Definition einer Person, die gewaltsam verschwunden ist, setzt in der Regel voraus, dass es zu einer Festnahme oder Inhaftierung kam, auf die ein Verschwinden folgte, das von staatlichen Akteuren oder mit deren Duldung durchgeführt wurde. Dies ist die klassische Definition aus den 1970er-Jahren, die ihren Ursprung in Lateinamerika hat

In Syrien hat buchstäblich jede Familie eine oder mehrere vermisste Personen. Das volle Ausmaß der Krise ist nach wie vor nicht bekannt.

und später in internationale Verträge aufgenommen wurde. Dann gibt es all jene, die von anderen nichtstaatlichen Akteuren verschwinden gelassen wurden, oder Fälle, in denen wir nicht einmal wissen, wer sie verschwinden ließ. Das Verschwinden, wie wir es im Rahmen unseres Mandats in Syrien und in anderen Teilen der Welt verstehen, ist wesentlich weiter gefasst als der Begriff des gewaltsamen Verschwindens. Es umfasst jede Person – unabhängig von Nationalität, ethnischer Zugehörigkeit, Religion oder Geschlecht –, die in Syrien verschwunden ist oder vor dem Konflikt in Syrien geflohen ist. Dazu gehören die Opfer von gewaltsamem Verschwinden, die wahrscheinlich die Mehrheit der Vermissten ausmachen, sowie Opfer von Menschenhandel oder Zwangsrekrutierung. Es umfasst auch jene, die geflohen sind und beispielsweise im Mittelmeer verschollen sind.

### **Können Sie uns ein wenig darüber erzählen, wie Ihre Arbeit funktioniert?**

Es ist wichtig zu wissen, nach wem wir suchen, um die Ursachen des Verschwindens zu verstehen und darauf aufbauend eine Suchstrategie zu entwickeln. Wenn wir über etwas so Massives wie die Lage in Syrien sprechen, müssen wir anfangen, in Kontexten zu denken, anstatt einzelne Suchaktionen zu betrachten. Es ist nicht dasselbe, in Deutschland zu verschwinden, wie in einem Kontext, in dem Zehn- oder Hunderttausende verschwunden sind. Wenn man beispielsweise nach Menschen sucht, die zur Zeit des Assad-Regimes oder auf der Flucht aus dem Land verschwunden sind, gibt es Gemeinsamkeiten. Man sucht also nach diesen Gemeinsamkeiten innerhalb dieser Kontexte, die wiederum Unterkontexte haben. Diese beziehen sich beispielsweise auf Menschen, die von den Assad-Truppen festgenommen wurden und gewaltsam verschwunden sind; auf Kinder, die in Sicherheitsgewahrsam genommen wurden; oder auf Personen, die vom IS verschleppt wurden. Ein weiterer Unterkontext betrifft verschiedene Formen des Verschwindens im Zusammenhang mit Migration.

### **Das klingt ziemlich komplex.**

Meiner Erfahrung nach gibt es bei der Suche nach Vermissten in solch einem riesigen Kontext vier Schlüsselbereiche, um dieser Komplexität gerecht zu werden. Der erste ist, dass die Suche nach Vermissten Informationen erfordert. Und niemand, absolut niemand, verfügt über alle Informationen. Es ist, als würde man ein großes Puzzle oder ein großes Mosaik zusammensetzen. Dazu ist der Zugang zu verschiedenen Informationsquellen von Personen erforderlich, darunter Familienangehörige, Zeugen, Täter und Behörden. Menschen sind selbst eine Informationsquelle. Dazu ist auch der Zugang zu Dokumenten von Behörden, der Zivilgesellschaft oder interna-

tionalen Organisationen erforderlich, ebenso zu Archiven, die normalerweise von Regierungen verwahrt werden. In Syrien verfügt die Zivilgesellschaft über Kopien vieler dieser Archive, die bereits vor dem Sturz des Assad-Regimes beschafft wurden. Auch die Länder der Diaspora sind von großer Bedeutung, da dort Syrer:innen leben, zivilgesellschaftliche Organisationen tätig sind und die Behörden dieser Länder ebenfalls über Informationen verfügen. Deshalb sind wir zum Beispiel in Deutschland sehr aktiv.

### **Wie fügen Sie die Puzzleteile zusammen?**

Darin besteht die größte Herausforderung. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die Zusammenarbeit mit allen relevanten Akteuren, also auch mit der Regierung – konkret mit der Nationalen Kommission für vermisste Personen (NCMP). Daher – und das ist die zweite Priorität – ist politischer Wille auf nationaler Ebene und auch auf internationaler Ebene erforderlich, um die Suchbemühungen zu koordinieren, zu finanzieren und zu unterstützen. Dies ist weltweit das erste Mal, dass zunächst eine internationale Institution gegründet wurde. Dann wurde eine nationale Kommission mit einem ähnlichen Mandat geschaffen.

### **Sie haben von vier Schlüsselbereichen gesprochen. Welche sind der dritte und vierte?**

Drittens ist das Vertrauen der Familien von entscheidender Bedeutung. Die Familien verfügen über Informationen. Nur wenn sie Vertrauen haben, werden sie sich an die verschiedenen Einrichtungen wenden. In unserem Fall waren es die Familien, die sich 2023 für die Gründung unserer Einrichtung eingesetzt haben. Wir haben eine eigene Abteilung für die Beteiligung und Unterstützung der Familien eingerichtet und schaffen derzeit Kanäle, um so viele wie möglich zu erreichen. Schließlich gibt es noch den vierten Schwerpunkt: die Umsetzung und Anwendung einer ganzen Me-

thodik, die speziell auf die Suche nach Vermissten ausgerichtet ist. Unser Ausgangspunkt ist, dass wir alle gleichzeitig nach vermissten Personen suchen. Und wie suchen wir alle gleichzeitig? Indem wir Informationen austauschen und alle uns zur Verfügung stehenden Informationen miteinander abgleichen, was wiederum neue Ermittlungsansätze und Hypothesen zur Auffindung einzelner Personen eröffnet.

### **Wie schwierig ist all das im syrischen Kontext?**

Wir befinden uns in einer außergewöhnlichen Situation. Würde ich beispielsweise in Deutschland vermisst, wäre es für die deutsche Polizei einfacher, mich anhand meiner körperlichen Merkmale und meiner DNA zu finden. Sie können diese mit den genetischen Informationen meiner Tochter oder meiner Mutter vergleichen. Wenn ich jedoch an einem Ort mit einer humanitären Krise verschwinde, an dem meine Leiche viele Jahre später gefunden wird, entweder allein oder zusammen mit vielen anderen Personen, muss eine andere Methodik angewendet werden. Dies wird als Massenansatz bezeichnet und hat in Fällen von Massenverschwinden durchweg die besten Ergebnisse erzielt.

### **Ihre Arbeit leistet also einen wesentlichen Beitrag zum Versöhnungsprozess im Land.**

Absolut. Ich glaube, dass die Suche nach den Verschwundenen eine grundlegende Säule für den Wiederaufbau eines Landes und für einen Weg zum Frieden ist. Es ist ein Element der Wahrheit, nicht nur individuell, sondern auch kollektiv.

### **Seit dem Sturz des Regimes hat sich viel verändert. Wie würden Sie die Kommunikation mit der derzeitigen Regierung beschreiben?**

Vor dem Sturz des Regimes war es unserer Organisation nicht gestattet, nach Syrien einzu-

reisen. Dass wir dies nun können, ist ein Fortschritt. Fünf Monate nach dem Sturz des Regimes hat die neue Regierung die Kommission für vermisste Personen und die Kommission für Übergangsjustiz eingerichtet. Natürlich müssen viele weitere institutionelle Schritte folgen. Wir stehen von Beginn an in Kontakt mit der neuen Regierung und nach einem fortlaufenden Prozess des Aufbaus einer gemeinsamen Vertrauensbasis engagieren wir uns in gemeinsamen Projekten. Vergleichende Erfahrungen zeigen, dass der Aufbau einer Institution Zeit benötigt. Es braucht eine rechtliche Infrastruktur, einen rechtlichen Rahmen, Ressourcen, die Einstellung von Personal usw. Ein gewöhnliches Justiz- oder forensisches System kann kein außergewöhnliches justizielles oder forensisches Problem lösen. Es bietet nur vorübergehende Linderung, ohne die eigentliche Ursache anzugehen.

### **Sind bereits vermisste Personen gefunden?**

Die Erfahrung zeigt, dass es keine nachhaltige Lösung ist, bei einzelnen Fällen anzusetzen. Denn letztendlich geht es darum, so viele Personen wie möglich zu finden, und nicht nur einige wenige. Dafür brauchen wir ein ganzes System. Ich bin der Meinung, dass Institutionen, die für die Suche nach vermissten Personen in Massenkontexten zuständig sind, dies als ein Schneeballsystem betrachten sollten: Je mehr Informationen wir haben und je besser die Methodik umgesetzt wird, desto mehr Menschen werden wir finden. Anstatt also zu fragen, wie viele Menschen gefunden wurden, müssen wir uns zunächst fragen: Was ist erforderlich, um Menschen im Kontext von Massenverschleppungen zu finden? Das wird uns eine bessere Antwort darauf geben, wie wir viele finden können.

*Das Interview führte Timo Dorsch.*

## **EINE BESONDERE AUSSTELLUNG**

Dass Berlin immer noch ein Drehkreuz für die Diaspora des Nahen Ostens ist, davon konnte man sich Ende März in der Gedenkstätte Hohenschönhausen, dem Volksmund als Stasi-Museum bekannt, überzeugen. Zu der Veranstaltung sind gleich eine ganze Reihe prominenter Vertreter:innen der arabischsprachigen Opposition gekommen. Eingeladen haben medicos Partnerorganisation UMAM aus dem Libanon und die deutsch-syrische Initiative Prisons Museum. Der Anlass: die Eröffnung ihrer Ausstellung über das berühmte syrische Gefängnis Sednaya, das in den Zeiten der Assad-Diktatur zu einem Symbol der Terrorherrschaft wurde. Weil gerade der Krieg zwischen Israel und der Hisbollah eskaliert, sind auffällig viele Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Beirut, die einen Großteil ihres Personals außer Landes geschickt hat, Teil des Publikums. Akram Al Bunni berichtete nicht nur ihnen im überfüllten Raum von seiner Zeit als Häftling in Sednaya.

Die Ausstellung, zu deren Gelingen auch weitere medico-Partnerorganisationen aus Syrien – etwa das Syrian Center for Legal Studies and Research – beigetragen haben, ist noch bis zum 27. September zu sehen. Sie zeigt Zeugnisse von Überlebenden, persönliche Gegenstände und geborgene Artefakte. Gleichzeitig erinnert sie daran, dass sich die Spuren vieler Verhafteter bis heute in den syrischen Gefängnissen verlieren.

**stiftung-hsh.de**

# Hinter den Zah- len



Pirogen liegen am Atlantik-Strand.

## Eine Karawane in Senegal macht das anonyme Sterben auf den Migrationsrouten sichtbar

Von Kerem Schamberger

Am Strand von Mbao, einem Vorort südlich von Dakar, beugen sich zwei Männer über den Rumpf eines Bootes. Sie hobeln, stemmen, schmirgeln. Stück für Stück entsteht so eine Piroge, ein traditionelles Fischerboot, das groß genug ist für bis zu 200 Menschen. Warum, fragt man sich, wird hier ein Boot gebaut, wenn die Fischgründe doch fast erschöpft sind? Seit über einem Monat ist niemand mehr aufs Meer gefahren, zumindest nicht zum Fischen. Mit Booten dieser Art sind aber auch die Kanaren erreichbar, jene Inseln im Atlantik vor der Küste Westafrikas, die seit der spanischen Eroberung zu Europa gehören – allerdings nur unter größter Gefahr.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres sind alleine im Mittelmeer mehr als 1.000 Menschen bei Überfahrten nach Europa ertrunken oder verschwunden, so viele wie noch nie seit Beginn der Aufzeichnungen. Die Todeszahlen auf der sogenannten Atlantikroute von den Küsten Westafrikas auf die Kanarischen Inseln sind noch höher, genaue Zahlen gibt es nicht. In den europäischen Medien erscheinen die Gestorbenen – wenn überhaupt – als anonyme Zahlen. Doch hinter jeder Ziffer steckt eine Tragödie, das wissen nicht nur die Menschen an der Küste Senegals, sondern überall im Land. Deutlich wird dies bei einem Besuch von Aktivist:innen der Gruppe Boza Fii, die sich für das Recht auf Bewegungsfreiheit einsetzt, in Tambacounda, einer Stadt tief im Landesinneren. Mütter, Väter,

Geschwister, Ehefrauen zeigen Porträts ihrer verschwundenen Angehörigen. Die meisten wissen nicht einmal genau, ob ihre Liebsten tot sind. Sie sind spurlos verschwunden, es gibt kein Lebenszeichen, aber auch keinen Leichnam, der beerdigt werden könnte, und keine Sterbeurkunde, die den Nachlass regeln ließe. Der Staat kümmert sich nicht, sie sind mit ihrem Schmerz allein.

### Einen Raum der Trauer eröffnen

Vor einigen Jahren beschloss Boza Fii, die Isolation solcher Familien zu durchbrechen. Auf ihrer jährlichen „Karawane für die Verschwundenen“ fahren sie von Dorf zu Dorf, von Familie zu Familie. Gemeinsam besuchen sie Stationen entlang der Migrationsrouten auf der Suche nach Informationen über den Verbleib der vermissten Menschen oder nach Gewissheit über ihren Verlust. Es geht um Beistand, aber auch darum, die Tragödien öffentlich zu machen und den Familien einen Raum der Trauer zu eröffnen. Endlich über den Verlust und die Ungewissheit reden zu können, ist für viele ein wichtiger Schritt aus der Verzweiflung. Die Aktivist:innen von Boza Fii betonen immer wieder, dass nicht ihre Angehörigen „versagt“ haben. Es sind die geschlossene Grenzen und die Migrationsdeals mit der EU, die das Sterben und Verschwinden auf den Migrationsrouten verursachen.

Fast alle, die bei Boza Fii aktiv sind, haben selbst Migrationserfahrungen, wurden abgeschoben oder haben Angehörige verloren. Da ist Chico, der seit seiner frühen Jugend in Italien und Deutschland lebte. Er spricht niederbayerisch, machte eine Ausbildung und arbeitete als Elektriker in Deggendorf – bis er direkt vom Arbeitsplatz abgeholt, in Abschiebehaft genommen und nach fast 20 Jahren in Europa in den Senegal abgeschoben wurde. Heute empfängt Chico selbst Menschen am Flughafen von Dakar, die aus Europa zurückgeschickt werden. Oft kommen sie völlig mittellos an und trauen sich nicht nach Hause, zu groß ist die Schmach, es in den Augen ihrer Angehörigen nicht zu Wohlstand gebracht zu haben.

In Kotiari, 30 Kilometer von Tambacounda entfernt, empfängt eine weitere Familie die Karawane: Abdelaye Ndao hat die Witwe seines ertrunkenen Bruders zur zweiten Frau genommen. Dieser versuchte 2021 von El Aaiün in der von Marokko besetzten Westsahara auf die Kanarischen Inseln zu gelangen, um Arbeit zu finden. Das Boot hatte 54 Menschen an Bord und sank. Nur 20 leblose Körper wurden gefunden. Abdelaye muss seitdem zwei Familien ernähren, eines der Kinder ist krank und benötigt dringend Hilfe. Die Schicksale der Menschen in Kotiari und Tambacounda sind im Senegal keine Ausnahme. In den vergangenen Jahren besuchte die Karawane viele Orte, in denen fast jede Familie jemanden verloren hat. In ganz West- und Nordafrika gibt es Zehntausende Familien, deren Angehörige auf dem Weg in ein besseres Leben verschwunden sind, manchmal sind ganze Dorfgemeinschaften durch den Verlust traumatisiert. „Es ist der Staat, der für die Toten verantwortlich ist, nicht ihr als Familien“, sagt Babacar, ein Menschenrechtsaktivist, der die Karawane begleitet. „Solange das Recht auf Bildung, Arbeit, Gesundheit und Ernährung nicht erfüllt ist, gehen die Leute auf die Suche nach einem besseren Leben.“

Dass es dieses bessere Leben im Senegal nur für sehr wenige gibt, wird an einem Morgen Anfang November 2025 in einem Vorort der Hauptstadt sehr deutlich. Fast 1.000 Menschen drängen sich mit Bewerbungsunterlagen in der Hand vor einer neu eröffneten Kosmetikboutique, um einen der wenigen Jobs zu ergattern. Die Jugendarbeitslosigkeit im Land ist hoch. Jedes Jahr treten etwa 300.000 junge Menschen in den Arbeitsmarkt ein, auf dem nur 30.000 formelle Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Entweder man findet also einen Gelegenheitsjob im informellen Sektor oder man macht sich auf den Weg – in ein Nachbarland oder gleich Richtung Norden. Als Spanien Anfang 2025 ankündigte, 370 Visa für Arbeit in der spanischen Landwirtschaft ohne Vorkenntnisse zu vergeben, gingen fast 50.000 Bewerbungen ein. Zehntausende Anträge auf ein Arbeitsvisum in Europa werden jährlich abgelehnt, obwohl Europa dringend Arbeitskräfte benötigt. Die meisten Menschen sind deshalb gezwungen, sich ohne gültige Papiere auf die Reise zu begeben und in eine der Pirogen zu steigen. Migration ist dabei selten eine individuelle Entscheidung. Es ist ein Familienprojekt. Denn wer es schafft, kann die ganze Verwandtschaft versorgen. Rücküberweisungen der Diaspora machen fast zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

## Europa schafft Fluchtursachen

Doch Europa hat dichtgemacht. Dabei trägt der Kontinent Mitverantwortung dafür, dass Jugendliche im Senegal kaum Perspektiven haben. So spielen der Fischfang und seine Weiterverarbeitung traditionell eine wichtige Rolle in der Ökonomie des Landes, 2022 machten sie rund 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Zwei Millionen Arbeitsplätze hängen an der Fischindustrie, 600.000 Menschen davon leben direkt vom Fang, vor allem Frauen. Doch in den einst fischreichen Gewässern vor der senegale-

sischen Küste sind die Bestände bedroht. Das liegt daran, dass große subventionierte Hochseefischereischiffe europäischer und chinesischer Konzerne die Meere im großen Stil leerfischen. Der Fisch ist nicht für den direkten Verzehr gedacht. Große Teile werden zu Fischmehl gepresst, das dann als Futtermittel für die Produktion von Lachs in Europa verwendet wird. Für ein Kilogramm Lachs werden mehr als fünf Kilogramm zu Futter verarbeiteter Fisch von den Küsten Senegals benötigt. Laut einem aktuellen Bericht der Environmental Justice Foundation (EJF) brechen aktuell mehr als die Hälfte der Bestände im Senegal zusammen. Die Erwärmung des Meeres im Zuge der Klimaveränderung und massive Küstenerosion verschärfen die Lage noch.

Der Aufbruch Richtung Europa riskiert nicht nur Leib und Leben, sondern auch die Freiheit. Wer auf hoher See aufgegriffen wird, kann unter dem Vorwurf des Schmuggels mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft werden, bei einem Schiffbruch sind es sieben Jahre. Diese Kriminalisierung ist ganz im Sinne der EU, die die Zahlung von Entwicklungshilfe immer häufiger von einer opportunen Migrationspolitik abhängig macht. Trainiert wird das senegalesische Militär von der spanischen Guardia Civil. Übergeben wurde auch die „Niani“, ein Patrouillenboot, das weit aufs offene Meer hinausfahren und dort Boote abfangen kann, die Umwege nehmen und aus Gambia losgefahren sind, wo die Kontrollen noch weniger scharf sind. Außerdem wurde die sogenannte grüne Hotline eingerichtet: eine kostenlose Telefonnummer, bei der man anonym Abfahrten melden kann und dafür Geld erhalten soll. Zum Zwecke der Abschottung wird die wirtschaftliche Not der Menschen instrumentalisiert.

Im Oktober 2024 kündigte die EU-Kommission eine finanzielle Unterstützung von 30 Millionen Euro für den Senegal an. Das Geld aus dem

EU-Entwicklungshaushalt solle dazu dienen, „Migrant:innen in Not zu helfen, Menschenhandel zu bekämpfen und Aufklärung zu betreiben“. Die vermeintliche Entwicklungshilfe floss jedoch vorrangig in den Ausbau von Grenzüberwachung, Abfangoperationen auf See und Haftinfrastruktur für Geflüchtete. So sollen weitere 15 Grenzpatrouillenboote für Polizei und Gendarmerie den „Küstenschutz“ stärken.

In einem ruhigen Moment spricht Chico, der Aktivist von Boza Fii mit dem niederbayerischen Akzent, aus, worum es ihm geht. „Wir sagen den Menschen nicht, dass sie bleiben sollen. Wenn sie die Möglichkeit haben zu bleiben, sollen sie bleiben. Aber sie sollen auch die Freiheit haben zu gehen.“ Es ist eine einfache Forderung, die Europa jedoch nicht hören will. Die Debatte über Fluchtursachen ist aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden – weil sie unbequem ist, weil sie koloniale Kontinuitäten beleuchtet und die Frage stellt, auf wessen Kosten der europäische Lebensstandard beruht. Das Boot am Strand von Mbao wird fertiggebaut werden.




Kerem Schamberger hat Ende 2025 die Karawane begleitet. Bei medico ist er Referent für Flucht und Migration.

Die medico-Partnerorganisationen setzen sich überall entlang der Fluchtrouten nach Europa für das Recht zu gehen und zu bleiben ein.

Spendenstichwort: Flucht und Migration

Im November 2025  
begleitete Adrian  
Pourviseh medico-  
Kolleg:innen nach  
Senegal. Daraus  
entstand dieser  
Comic.



ALS ICH NOCH EIN KIND  
WAR, GABS HIER EINEN  
SÜBWARENHÄNDLER.  
NACH DER SCHULE  
KAMEN WIR OFT  
ZU IHM.

HEUTE  
HAT DER  
STEIGENDE  
MEERESSPIEGEL  
ALL DAS  
GESCHLUCKT. WIR  
LAUFEN ÜBER  
ERINNERUNGEN.

HIER  
UNGEFÄHR STAND  
DIE MOSCHEE. DIE  
TRÜMMER SIND  
ALLES; WAS  
DAVON BLEIBT.

DIE  
NÄCHSTEN PAAR  
STRABENBLÖCKE  
WERDEN VON  
MEINEN  
VERWANDTEN  
BEWOHNT. WIR SIND  
HIER VERWÜRZELT  
UND WOLLEN NICHT  
WEG.

BABACAR, WARUM ZEIGST DU DEN WEIBEN DENN UNSEREN DRECKIGEN STRAND?

9  
DIE WEIBEN SIND BEI DER KARAVANE FÜR DIE VERSCHWUNDENEN DABEI.

SEIN HAUS HATTE MAL ZWEI STOCKWERKE.

DIE ERSTEN, DIE DAMALS IHRE HÄUSER DURCH DAS WASSER VERLOREN, KONNTEN IM LANDESINNEREN NEU BAUEN.

ABER DA IST JETZT ALLES VOLL. ALSO MUSS SEINE FAMILIE HIER WOHNEN BLEIBEN.

KOMMT MIT, ICH HAB EIN RÄTSEL FÜR EUCH...


DER HAFEN VON DAKAR IM HINTERGRUND...

...DAVOR DIE TRAWLER UND INDUSTRIESCHIFFE...

...UND HIER VORNE UNSERE PIROGEN...




WAS IST  
HIER  
FALSCH?

A fisherman wearing a traditional conical hat is shown in profile, kneeling and working on a large fishing net. The background is a warm, orange-toned landscape with other boats visible in the distance.

UM DIESE TAGESZEIT  
SOLLTE MAN HIER KEINE  
PIROGEN SEHEN.


DIE SOLLTEN ALLE AUF  
DEM MEER SEIN!

A close-up portrait of a man with a goatee and a wide-brimmed hat. He has a serious expression and is looking slightly to the side. The background is a warm, orange-toned landscape.

DIE EUROPÄISCHEN UND  
CHINESISCHEN TRAWLER  
HABEN ALLES WEGGEFISCHT

FÜR DIE TRADITIONELLEN  
FISCHER BLEIBT NICHTS ÜBER.

SEIT ÜBER EINEM MONAT  
SIND SIE SCHON NICHT MEHR  
RAUSGEFAHREN.

A group of people wearing traditional hats are shown from behind, looking towards the right. The scene is set in a warm, orange-toned environment.

UND WARUM BAUEN DIE  
ZWEI DANN DIESE GROßE  
PIROGE HIER, WENN ES  
SOWIESO KEINEN  
FANG GIBT?

TJA...



**Es gibt  
immer noch  
Hunderte  
Kirchen-  
asyle**

”

Der katholische Theologe und Mitbegründer des Instituts für Theologie und Politik, Michael Ramminger, über die widerständige Tradition des Christentums und eine neue Kriegsideologie im Namen der Religion – nicht nur in den USA

**Kürzlich warst du Redner beim Symposium der medico-Stiftung „Kalte Zeit. Zur Ambivalenz der Empathie“. Kannst du uns kurz erzählen, was dir als theologisch geschultem und politisch aktivem Menschen zur gegenwärtigen Lage von Empathie, Mitgefühl und Nächstenliebe einfällt – und wie du die Debatte in Frankfurt erlebt hast?**

Auf gesellschaftlicher Ebene sind Veränderungen am Laufen, die sozialpsychologisch, ideologisch und politisch ganz schön in die Tiefe gehen. Mitmenschlichkeit, Solidarität und gleiche Rechte für alle Menschen auf der Welt, also ein Handeln und ein Denken im Sinne des Universalismus, verlieren massiv an Wirkmächtigkeit und Überzeugung. Die Welt wird brutaler und kälter. Darüber zu sprechen ist bitter notwendig, und das wurde auf dem medico-Symposium gemacht. Es war in gutem Sinne eine Suchbewegung, ein Anfang. Das Problem wird uns noch länger erhalten bleiben. Egal, wer demnächst irgendwo irgendwelche Wahlen gewinnen wird.

**In deinem Panel ging es um das Thema „Mitgefühl und Mitleid. Verteidigung einer christlichen Haltung“. Diese Verteidigung scheint nötig: Aktuell erleben wir nämlich eine Bezugnahme auf religiöse Figuren anderer Art. Der US-amerikanische Verteidigungsminis-**

**ter Pete Hegseth hat beispielsweise den Angriff auf den Iran als „Kreuzzug“ bezeichnet.** Die Wiederkunft der Religion ist offenkundig. Darin artikuliert sich ein auch von links oft unterschätztes und reales Bedürfnis. Was sich aber daraus konkret formiert, hat im Grunde nichts mit der bisherigen christlichen Tradition zu tun. Die Zeit der christlichen Formierung, der gesamtkulturprägenden Kraft des Christentums in Europa und den USA, ist im Grunde vorbei. So etwas wie die Kirche des Mittelalters, die gesagt hat, was man tun und lassen darf, existiert nicht mehr. Was wir in der zweiten Trump-Administration sehen, ist vielmehr eine Neuerfindung von Religion. Hinzu kommt: Die US-amerikanische Religiosität war schon immer eine ganz eigene. Der Bible Belt, der evangelikale Fundamentalismus, der Kreionismus – all das hat kein Pendant in Europa.

**Für den Tech-Unternehmer und Trump-Unterstützer Peter Thiel ist dieses Böse Europa, der Iran oder auch der progressive Liberalismus. Er macht gegenwärtig Schlagzeilen – nicht nur mit Investitionen in eine Gebets-App, sondern auch mit einer politisch aufgeladenen Neuinterpretation biblischer Bilder, darunter auch das Motiv des Armageddon, also eines eschatologischen Endkampfes. Diese Lesart des Christentums ver-**

**ortet das absolute Böse irgendwo im Außen und versteht sich selbst als Heilsbringer. Wie bewertest du das?**

Da muss man unterscheiden: zwischen der volkskirchlichen, römisch-katholischen und evangelischen Tradition auf der einen Seite und dem, was Thiel und andere jetzt machen, auf der anderen. Die ganze Rede vom Katechon, vom Antichristen – das sind Figuren, die bei uns theologisch kaum rezipiert werden. Der Begriff Katechon, der „Aufhalter“, stammt aus einem einzigen pseudo-paulinischen Brief, und der Antichrist kommt an einer einzigen Stelle in einem Johannestext vor. Was hier theologisch gedacht wird, folgt vielmehr Augustinus. Apokalyptik meint biblisch hier nicht eine zukünftige Katastrophe, sondern die Offenbarung der Katastrophalität der Welt, wie sie ist. Walter Benjamin hatte das ja auch sehr klar erfasst: Die Katastrophe ist nicht das, was kommt, sondern dass es so weitergeht, wie es ist. Dies wird sein Ende in der Wiederkunft des Messias finden. In diesem Paulusbrief ist der Antichrist der Verführer, der falsche Prophet, der überwunden werden muss, damit der Mes-

Was in den deutschen Kirchen vertreten wird, sind peinliche Restbestände von Religiosität. Es dominiert die Unterwerfung unter die Paradigmen der staatlichen Politik.

sias wiederkommen kann. Und dann gibt es noch den sogenannten Katechon, der den Antichristen – also heute die Liberalen, die Linken, die Weltregierung im Sinne Thiels – aufhält. Damit mache er die Welt belebbar gegen das Chaos des Antichristen. Doch Thiel hält die

Katastrophe nur auf, er schafft nichts Neues. Dieser an sich unbedeutenden Bibelstelle zufolge muss die Katastrophe erst vollständig geschehen, erst danach wird der Messias kommen. Wenn man diese zwei Zeilen aus der Bibel ernst nimmt und konsequent zu Ende denkt, müsste Thiel eigentlich sagen: Ich halte den Antichristen auf – und damit auch die Wiederkunft und das Reich Gottes und den Messias. Das verschweigt er. Seine Argumentation ist also in sich selbst inkonsistent. Hinzu kommt, dass der Katechon eine absolute Marginalie christlicher Tradition und Theologie ist. Thiel bezieht diese Figur eigentlich von Carl Schmitt, aus dessen Buch „Nomos der Erde“.

**Die beiden christlichen deutschen Kirchen haben kürzlich ein Papier zur Militärseelsorge veröffentlicht, das du stark kritisierst. Würdest du Analogien sehen zwischen der Figur des absoluten Bösen und dem, was die beiden großen Kirchen nun tun?**

Ich habe eher das Gefühl, dass in den deutschen Kirchen kaum noch Leute sind, die wirklich an das glauben, was sie dem Christentum nach eigentlich vertreten müssten. Was sie stattdessen vertreten, sind peinliche Restbestände einer Religiosität, die nur noch durch ihre Institutionen weiterlebt. Und in dieser Institutionalität gibt es nichts anderes mehr als die Unterwerfung unter die herrschenden Paradigmen der staatlichen Politik. In dem wirklich unerträglichen Papier der Kirchen zur Militärseelsorge dienen sie sich dem Militär als Problemlöser an. Die Notwendigkeit von Ausrüstung und Kriegsführung wird als selbstverständlich vorausgesetzt, als müsste sie gar nicht mehr begründet werden. Was sie hier vertreten, kommt nicht aus der christlichen Tradition. Es ist dieser grausame „Werteverteidigungsdiskurs“ der liberalen Demokratie.

**An anderer Stelle hast du die Position der Kirchen als Blasphemie bezeichnet, als Ver-**

**rat an der genuinen christlichen Tradition der Nächstenliebe. Wie viel von dieser universalistischen Tradition ist noch da?**

Ich kann das nicht quantifizieren. Aber nehmen wir die Debatte um die Ordo Amoris. Der Begriff stammt von Augustinus und Thomas von Aquin. Vance, der vor einigen Jahren zum Katholizismus konvertiert ist, hat ihn aufgegriffen und so ausgelegt, dass es eine abgestufte Hierarchie der Zuneigung und des Mitleids gibt: Sie gelten erst der Familie, dann der Straße, dann der Gemeinschaft, dann der Nation.... Damit hat er ein universalistisches Verständnis von Mitleid ausgehebelt. Soweit ich weiß, war der Einzige, der darauf mit Kritik reagiert hat, Papst Franziskus. Er hat einen Brief an die US-amerikanische Bi-

Wichtige Gründer:innen der Anti-Apartheitsbewegung, der Anti-Kriegsbewegung und der Solibewegungen waren Christ:innen

schofskonferenz geschrieben und anhand des Gleichnisses vom barmherzigen Samariter gesagt: Christliche Liebe ist keine stufenweise Ausweitung von Interessen, die sich nach und nach auf andere Personen und Gruppen erstrecken. Die wahre Ordo Amoris entdecken wir im Gleichnis vom „barmherzigen Samariter“: Es geht um eine Liebe, die eine Geschwisterlichkeit schafft, die ausnahmslos allen offensteht. Die Essenz dieses Gleichnisses ist, dass es einen Unterschied zwischen Sympathie und Bedürftigkeit gibt. Der entscheidende Punkt ist die Bedürftigkeit. Bei Thomas von Aquin selbst ist es genauso: Wenn Bedürftigkeit vorliegt – Armut, Elend, Gewaltbedrohung –, dann gilt nicht mehr die Folge von Familie, Nachbarschaft, Nation etc. Dann gilt nur noch: Wer braucht am

dringendsten Hilfe? Der aktuelle Papst Leo hat die Interpretation von Vance genauso zurückgewiesen und einen salvadorianischen Migranten, der 1990 vor dem Bürgerkrieg im Kofferraum eines Autos in die USA geflohen war, zum Diözesanbischof ernannt. Das ist natürlich ein symbolischer Akt. Es gibt aber immer noch ein großes universalistisches Potenzial inmitten der Kirche.

**Könnte man sagen, dass Christ:innen – wenn schon nicht die Kirchen insgesamt – aufgrund des Kerngedankens der Nächstenliebe eigentlich Verbündete der Bewegungen gegen Krieg und Faschismus sein müssten?**

Ja, eigentlich schon. Und in der Vergangenheit waren Christ:innen das ja auch, wichtige Gründer:innen der Anti-Apartheitsbewegung, der Anti-Kriegsbewegung, der Solibewegungen kamen aus ihren Reihen. Und auch heute noch gibt es Hunderte Kirchenasyle in Deutschland, wo die Leute sagen, es interessiert mich nicht, was zum Beispiel das katholische Büro sagt, das sich nicht mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anlegen will. Es könnte aber sein, dass in 100 Jahren, wenn es dann die Welt noch gibt, keiner mehr weiß, was Christentum in dieser Form und Praxis bedeutet. Aber ich hoffe einfach, dass diese Tradition nicht zu Ende geht.

**Dennoch: Was bedeutet es in deinen Augen, wenn die großen Kirchen, wie du sagst, einen christlichen Universalismus und eine indiskriminierende Haltung gegenüber Menschen in Not aufgeben? Wird hier eine selektive Empathie vollzogen, ausgerichtet auf Familie, Straße, Nation?**

Ich würde das, was Vance da formuliert, gar nicht Empathie nennen, sondern Sympathie. Empathie, oder Mitleid, wie ich lieber sage, hat für mich einen doppelten Aspekt: zum einen das Affektive, meine Berührung durch den Schmerz des oder der Anderen, die Begeg-

nung, das Unmittelbare; zum anderen das darin begründete politische, universalistische Moment. Diese zwei Seiten des Mitleids hat auch Rousseau benannt. Heute sind wir aber an einem Punkt, an dem die Trump-Bande offen sagt, dass Mitleid eine menschliche Schwäche sei und ausradiert werden müsste. Das ist auch noch einmal sehr anders als im klassischen Neoliberalismus der 1980er- und 1990er-Jahre. Damals hat man das Mitleid zwar eingehegt und kooptiert – das Unternehmen McKinsey hat die ersten Tafeln beraten, das war quasi eine Vermarktung von Mitleid auf höchstem Niveau des Neoliberalismus. Aber man kam gesellschaftlich nicht ganz umhin, dem Mitleid einen Ort zuzuweisen. Ich glaube, dass wir es in diesem Sinne nicht einfach mit einer Neuauflage der Auseinandersetzung mit dem neoliberalen Verständnis von Mitleid, sondern um einen Paradigmenwechsel in der Auseinandersetzung mit dem Konzept von Empathie zu tun haben. Denn wenn Mitleid kein Prinzip ist, das wie auch immer interpretiert zu einer guten, gerechten Welt beiträgt, welche zukünftige Ordnung stellen sich dann Thiel und andere vor? Konstituiert wird eine verhärtete, verrohte und kriegerische Welt, in der die Seele vom Gefühl des Mitleids und damit der Schwäche gereinigt ist – und damit auch die Idee von der Gleichheit aller Menschen verschwinden wird.

**Mitleid als politisches Konzept selbst ist auch umstritten. Hannah Arendt hat den Begriff beispielsweise immer kritisiert und stattdessen für einen emphatischen Solidaritätsbegriff plädiert. Warum sollten wir es dennoch verteidigen?**

Mitleid ist immer und oft auch zu Recht als Assistenzialismus, also als ein rein karitatives Unternehmen diffamiert worden. Aber Mitleid ist der Ernstfall von Empathie. Denn es geht ja um die „Einfühlung“ in den Schmerz, die ange-tane Gewalt, die Gefährdung des Lebens des

Anderen. Und nicht um eine allgemeine Empathie in was oder wen auch immer. Wenn man diese Regung für legitim hält, begründet sie einen Universalismus. Der Anthropologe Lévi-Strauss hat das sehr gut formuliert: „Diese Entdeckung des Mitleids verpflichtet jedoch, Seinesgleichen in jedem Wesen zu sehen, das leidet und dadurch einen unbedingten Anspruch auf Erbarmen hat. Denn für einen jeden von uns besteht die einzige Hoffnung, von Seinesgleichen nicht als ein Tier behandelt zu werden, darin, dass alle Seinesgleichen und zuerst er selbst sich unmittelbar als leidende Wesen bekunden und in ihrem Inneren die Fä-

Es gibt Menschen, die in der konkreten Situation sagen: Dieses Leiden geht mich mehr an als mein eigenes Leben. Und vielleicht ist das der stärkste Beweis dafür, dass Mitleid kein Humbug ist.

higkeit zum Mitleid bewahren.“ Was unsere Gemeinsamkeit begründet, ist also nicht Differenz, nicht Stamm gegen Stamm, nicht Kultur gegen Kultur – sondern Gleichheit. Und dann sind die Palästinenser:innen auch Menschen. Punkt, aus. Jedes Wesen, das leidet, hat insofern einen unbedingten Anspruch auf Erbarmen. Das ist die Basis, auf der sich Menschlichkeit konstituiert. Und auf der wir erst beginnen können, von Unterschiedlichkeit zu sprechen. Mitleidsbereitschaft wirkt also als ein politischer Imperativ, auch in dem Sinne, unsere Freiheit zur Menschwerdung anzunehmen. Deshalb halte ich es für falsch, auf diesen Begriff zu verzichten.

### **Aber wie geht man mit der Kehrseite des angewandten Mitleids um – dem Assistenzialismus, der Selektivität?**

„Ich kann nicht allen helfen“, hat nichts mit meiner Mitleidsfähigkeit oder dem Universalismus, den sie begründet, zu tun. Und der Assistenzialismus ist einfach eine bürgerliche Verkürzung und Korruption des Mitleids. Ich kann trotzdem sagen: Dieser Mensch hat in seinem Leiden das Recht darauf, dass dieses Leiden ein Ende hat. Und dann stellt sich die Folgefrage: Was kann ich wirklich dazu beitragen? Das sind sehr unterschiedliche Antworten. Es gibt Menschen, die in der konkreten Situation sagen: Dieses Leiden geht mich mehr an als mein eigenes Leben. Und vielleicht ist das der stärkste Beweis dafür, dass Mitleid kein Humbug ist.

### **Warum reicht dir Solidarität nicht aus?**

Beim Begriff der Solidarität gibt es ein Problem: Er hat immer zwei Momente. Einerseits drückt er tatsächlich die unbedingte Bereitschaft zu helfen aus, enthält also eine ethische Entscheidung. Andererseits – und das spielte auch in der kommunistischen Arbeiter:innenbewegung eine Rolle – wird Solidarität als gemeinsames Interesse verstanden. Die Arbeiter:innen müssen sich zusammenschließen, weil sie ein gemeinsames Interesse haben, sich zu befreien. Da wird man sich nie wirklich fragen, ob jemand anderes auch leidet. Das eigene Interesse wird durch die Hintertür universalisiert. Insofern ist Solidarität keine vollständige Entsprechung zu einem universalistischen Barmherzigkeitsverständnis.

### **Was würde das für die Arbeit politischer Organisationen bedeuten?**

Für mich ist der entscheidende Punkt, auf einem unbedingten Universalismus zu beharren und da nicht zurückzuweichen. Keine Kompromisse, keine vorschnellen Aushandlungs-

diskussionen. medico war zum Beispiel eine der wenigen Organisationen, die relativ früh und offen Position zu Gaza bezogen hat. Und der Kampf gegen das Mitleid ist ja auch ein diskursiver, symbolischer Kampf, der auf den unterschiedlichsten Ebenen geführt wird – von der Bibelauslegung bis zur politischen Sprache. Da dürfen wir nicht zurückweichen. In der neuen politischen Theologie heißt es sinngemäß, dass das Mitleid nicht einfach nur individuelles Empfinden ist, es muss zeitgleich institutionell verankert sein – und das führt uns zur Frage, was getan werden muss für eine Welt, in der Menschen nicht mehr leiden. Denn fremdes Leid wahrzunehmen und zur Sprache zu bringen, ist die unbedingte Voraussetzung aller neuen Formen sozialer Solidarität. Was Gesellschaft braucht, sind solche Orte des unbedingten Universalismus, an denen gilt: Das ist die Wahrheit des Universalismus, die wir verteidigen.

*Das Interview führten Timo Dorsch und Karin Zennig.*

# medico aktiv

## Frankfurt bleibt stabil

medico-Stiftung rettet Club  
Voltaire

Applaus, Jubel und Umarmungen haben eher Seltenheitswert bei Pressekonferenzen. Als die Stiftung medico international gemeinsam mit Lothar Reiniger vom 1962 gegründeten Club Voltaire und unterstützt vom Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Mike Josef, der Kulturdezernentin Dr. Ina Hartwig und vielen langjährigen Unterstützer:innen die kleine Sensation bekannt gab, waren Erleichterung und Freude riesengroß: Um die Schließung abzuwenden, hat die Stiftung das Gebäude mitten in der Frankfurter Innenstadt erworben. Sie stellt dem traditionsreichen Club Voltaire – „dem linken Vorposten im kapitalistischen Feindesland“, wie die F.A.Z. augenzwinkernd schrieb – auch für die Zukunft sichere und unabhängige Räume für Veranstaltungen, Debatten und Treffen zahlreicher Initiativen zur Verfügung. Aus den Mieteinnahmen des Clubs unterstützt die Stiftung in Zukunft Partnerorganisationen in aller Welt. Dass ein politisches Zuhause manchmal auch Wände und ein Dach haben sollte, wissen wir, seit die Stiftung ein Haus im Frankfurter Osthafen gebaut hat, in dem der Verein medico und weitere soziale Organisationen beheimatet sind.



Kleines Haus mit großer Geschichte: Die Kleine Hochstraße 5 in der Frankfurter Innenstadt.

## Nicht auszuhalten

Manifest für psychosoziale Arbeit

278 Teilnehmende bevölkerten den digitalen Raum zur Veröffentlichung des Manifests „für psychosoziale Arbeit in Zeiten des gesellschaftlichen Zusammenbruchs“. Nach fünf Jahren transnationaler Vernetzung über vier Kontinente sendeten über 30 Organisationen – darunter Haukari (Nordirak), Aluna (Mexiko) und medico – eine klare Botschaft: Psychosoziale Arbeit muss politisch sein. „Zur richtigen Zeit die richtigen Impulse“, würdigte die panafrikanische Feministin Jessica Horn das Manifest. Gemeinsam mit Mpumi Zondi von der medico-Partnerorganisation Sophiatown Community Psychological Services forderte sie ein Ende der Verschleierung struktureller Gewalt durch rein psychologische Paradigmen und der Ausbeutung von Helfenden. Die Forderung nach kollektiver Fürsorge und sicheren Räumen fand Zustimmung von Kolumbien bis nach Gummersbach. Das Manifest soll ein Anstoß sein, den autoritären Umbrüchen und dem Umgang mit Traumata nicht nur abstrakt etwas entgegenzusetzen, sondern die alltägliche Arbeit politisch zu inspirieren. Die Vernetzung geht weiter und die Einladung, dabei zu sein, besteht.

[medico.de/manifesto](https://medico.de/manifesto)

## Erneuerbar

Debatte über Klimapolitik in Kriegszeiten

Seit dem Iran-Krieg ist die globale Abhängigkeit von fossilen Energien erneut spürbar. Märkte werden destabilisiert und Preise in die Höhe getrieben. Besonders im globalen Süden führen diese Entwicklungen zu massiven Versorgungsengpässen. Da liegen die Alternativen auf der Hand: Erneuerbare Energien sind nicht nur klimafreundlich, sondern auch krisensicher – Sonne und Wind lassen sich nicht in Hormuz blockieren. Darüber diskutierte die medico-Klimareferentin Karin Zennig auf einer Kooperationsveranstaltung mit der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin mit Luis Álvaro Pardo, Susanne Götze und Tonny Noshwin in der Spore in Berlin. Ein kolumbianischer Ökonom, eine renommierte Klimajournalistin und eine Klimaaktivistin aus Bangladesch entwarfen Konzepte für eine sozial gerechte und ökologische Energiewende in Krisenzeiten. Kolumbien macht es zur Zeit vor: Ende April kam dort eine Regierungallianz der Willigen zusammen, die es mit dem Ausstieg aus den Fossilen ernst meint und Verabredungen dafür traf. Während in Europa der Trend besteht, Sicherheit durch Aufrüstung herzustellen, nahm das Podium diese Entwicklungen in den Blick und fragte nach ihrem Vorbildcharakter.

*Die Dokumentation der Veranstaltung ist auf dem YouTube-Kanal von medico zu finden.*

# Spenden & Stiften

In krisenhaften Zeiten braucht es Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung: **medico** und die Partnerorganisationen weltweit sind nicht ohne kritische Wegbegleiter:innen zu denken. Mit einer Spende, Fördermitgliedschaft oder Zustiftung können Sie unsere Arbeit solidarisch unterstützen. Vielen Dank!

**Spende** an „medico international“ – da, wo es am nötigsten ist, oder mit einem themenbezogenen Spendenstichwort.

**Spendenaktionen** selber planen und im Freundeskreis sammeln oder **Spenden verschenken!**

Sie erhalten automatisch eine **Jahresspendenbescheinigung**. Auf Wunsch stellen wir auch direkt eine Einzelspendenbescheinigung aus.

Ausführliche Informationen finden Sie unter: **[medico.de/spenden](https://medico.de/spenden)**

**FÖRDERMITGLIEDSCHAFT:** Ihre Fördermitgliedschaft ermöglicht es uns, mit unseren Partnerorganisationen weltweit langfristig und nachhaltig zusammenzuarbeiten. Sie können eine Fördermitgliedschaft auch verschenken.

**[medico.de/foemi](https://medico.de/foemi)**

**STIFTER:IN WERDEN:** Mit einer Zustiftung oder einem Darlehen an die medico-Stiftung ist Ihr Geld solidarisch im Einsatz und sichert die Unabhängigkeit von medico. Die Stiftung fördert aus ihren Erträgen jährlich viele Partnerorganisationen des medico-Vereins.

**[stiftung-medico.de](https://stiftung-medico.de)**

**TESTAMENTSPENDE:** Sie können sowohl den Verein als auch die Stiftung **medico international** testamentarisch oder durch eine Zuwendung aus ererbten Vermögen bedenken. Beide medico-Organisationen sind als gemeinnützig anerkannt und dadurch von der Erbschafts- und der Schenkungssteuer befreit.



SPENDENKONTO MEDICO INTERNATIONAL DE69 4306 0967 1018 8350 02

## MIT MEDICO IN KONTAKT

Umzug, Bankkänderung oder eine neue E-Mail-Adresse? Online eintragen und mit medico in Kontakt bleiben:

[medico.de/spendenservice](https://medico.de/spendenservice)

## FRAGEN & ANREGUNGEN:

**Vivien Kaplan & Mirjam Kuchinke**

Zentrale und Kommunikation

Tel.: [069] 944 38-0, [info@medico.de](mailto:info@medico.de)

## SPENDEN & KOMMUNIKATION:



**Gudrun Kortas**

Beratung zu Zustiftungen und  
Testamentsspenden

Tel.: [069] 944 38-28

[kortas@medico.de](mailto:kortas@medico.de)



**Janne Reuver**

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-64

[reuver@medico.de](mailto:reuver@medico.de)



**Johannes Richter**

Spender:innenkommunikation

Tel.: [069] 944 38-71

[richter@medico.de](mailto:richter@medico.de)



**Carlos dos Santos**

Spendenverwaltung und  
Geldauflagen

Tel.: [069] 944 38-52

[spenden@medico.de](mailto:spenden@medico.de)

## BESTELLEN & VERBREITEN

Bestellen Sie kostenlos das medico-rundschreiben sowie aktuelle Broschüren, Plakate und Flyer – gerne auch in größerer Stückzahl zum Auslegen und Verteilen.

Auf unserer Website finden Sie alles zum Bestellen oder Herunterladen:

[medico.de/material](https://medico.de/material)



## IN VERBINDUNG BLEIBEN

Das medico-rundschreiben erscheint viermal im Jahr und kann kostenlos abonniert werden. Im Blog mischen wir uns in Debatten ein. Unser Newsletter hält Sie auf dem Laufenden, über unseren Telegram-Kanal bekommen Sie Neuigkeiten direkt aufs Handy und in den sozialen Medien finden Sie uns auf der Plattform Ihrer Wahl.

[medico.de/verbinden](https://medico.de/verbinden)



## SCHULD UND SPRITPREIS

Blick zurück: das rundschreiben 2/2001



Konflikte im Nahen Osten, ein Völkermord unter deutscher Beteiligung, versiegte Ölimporte – um diese Themen geht es auch im vor 25 Jahren erschienenen rundschreiben. Es ruft ins Gedächtnis, was am 16. März 1988 in der kurdischen Stadt Halabja im Norden des Iraks geschah: Kampfflugzeuge Saddam Husseins übersprühten die Stadt mit Senf- und anderen Nervengasen. So fing es an. Mit dem Ziel, die kurdische Autonomiebestrebungen zu brechen, wurden bei den sogenannten Anfal-Operationen an 40 Orten Giftgase gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt. 180.000 Menschen starben. Produziert wurden die tödlichen Aerosole in Anlagen, die zu 70 Prozent aus Deutschland stammten. medico veröffentlichte eine Liste mit 56 beteiligten Unternehmen. Das Echo war groß, eine Aufarbeitung indes blieb aus. Nur wenige Strafverfahren wurden eingeleitet und endeten glimpflich.

An all das erinnert das rundschreiben im Frühsommer 2001. Denn damals spitzt sich eine Kontroverse zu: Sollen die infolge des zweiten Golfkrieges 1990 gegen das Hussein-Regime verhängten UN-Sanktionen verändert oder gar aufgehoben werden? Tatsächlich ist das umfassende Embargo hochumstritten, weil es das Regime kaum anfiht, aber die Versorgung der Zivilbevölkerung verheert. Es fehlt an Nahrung, Medikamenten, allem. medico hat sich von Anfang an „im Einklang mit den Menschen im Irak und der gesamten dortigen Opposition“ für gezielte Maßnahmen gegen das Regime ausgesprochen, aber gegen Sanktionen gestellt, die die Bevölkerung treffen. Nun aber machen wirtschaftsnahe Lobbys Druck: Sie fordern eine Normalisierung der Beziehungen zu Bagdad. Die einst so engen Handelsbeziehungen sollen aufleben, das Öl soll wieder fließen, ein Schlussstrich gezogen werden. Das aber, so medico, basiere wie jede „misslungene Schuldbearbeitung“ auf der Zerstörung der Erinnerung und „Kleinschreibung des Unbewältigten“. Im damaligen medico-Duktus: „Die Erhöhung der Benzinpreise vor Augen machen sich Interessen bemerkbar, die Verbrechen Saddams gegen die Erweiterung von dessen Möglichkeiten zur Petrolförderung geldlich zu verrechnen. Der Weg aus der Schuld führt einzig jedoch über Halabja und die Anerkennung der eigenen Beteiligung an diesem Verbrechen.“



*Das rundschreiben erscheint seit 1982, Ausgaben seit 1999 finden sich digital unter [medico.de/rundschreiben-archiv](https://medico.de/rundschreiben-archiv)*

## VERANSTALTUNGEN

UNTEN IM MEDICO-HAUS, FRANKFURT



**02 .**  
JUNI

19.00 UHR

### **DAS ENDE DES SCHUTZES**

Zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems mit Alva Träbert, Robert Nestler, Valeria Hänsel und Kerem Schamberger

**16 .**  
JUNI

19.00 UHR

### **KLIMA IST EINE GERECHTIGKEITSFRAGE**

Zu globalen Machtverhältnissen, lokaler Ausbeutung und Ökologie mit Asmaul Husna, Jamuna Rani, Sukanta Sen und Karin Zennig [*findet auf Englisch statt*]

**20 .**  
JUNI

19.00 UHR

### **CLINICA PARA TODOS**

Auftakt der medico-Spendenkampagne für eine Klinik in den zapatistischen Gebieten in Chiapas. Mit Daniel Loick, Anne Haas, EuropaZapatista u.a.

**14 .**  
JULI

19.00 UHR

### **SICHERE HÄFEN – STÄDTE ALS ZUFLUCHT**

Buchvorstellung & Diskussion mit Volker M. Heins

**17 .**  
JUNI

19.00 UHR

### **MAKE FREEDOM RING**

FAT CAT IM ALTEN GASTEIG | MÜNCHEN

Benefizkonzert für medico international zur Unterstützung der Arbeit in Gaza und in der Westbank

Alle Termine: [medico.de/veranstaltungen](https://medico.de/veranstaltungen)



[medico.de/klimagerechtigkeit](https://medico.de/klimagerechtigkeit)

**DIE  
ZU-**

**KUNN**

WAR FRÜHER  
AUCH SCHON MAL  
BESSER.

**FT**